

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 1 / Januar 2008 · Ausgabe Hamburg / Bremen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: contact@sozialverband.de

**ALG I und
Zwangsverrentung**
Große Koalition verschleppt
Entscheidung, Rechtschaos droht
Seite 2

**„Bürokratiemonster“
Hartz IV**
Klagen in Rekordhöhe
überfordern die Sozialgerichte
Seite 4

2008

**„Wir verschaffen unseren
Mitgliedern Gehör“**
Die Pläne des SoVD-Präsidiums
für das neue Jahr
Seite 6

Die Einrichtung von zwei EU-konformen Rollstuhlplätzen pro Bus ist schwierig. Aber möglich Mit Rollstuhl im Bus: ein einsames Vergnügen?

Stellen Sie sich vor, Sie haben mit Ihrem Partner/Ihrer Partnerin einen schönen Abend in der Stadt verbracht. Jetzt warten Sie auf den Bus, der Sie nach Hause bringen soll. Es dauert nicht lange und ein Fahrzeug biegt in die Bucht vor der Bushaltestelle ein. Ihr Partner/Ihre Partnerin steigt ein. Sie wollen hinterher, aber der Busfahrer winkt ab. Er murmelt etwas von einer EU-Richtlinie, schließt die Tür und fährt los. Ein schlechter Traum? Für Rollstuhlfahrer leider nicht!

Für nicht-behinderte Menschen ist gemeinsames Busfahren die „normalste“ Sache der Welt. Wer im Rollstuhl sitzt und mit einem anderen Rollstuhlfahrer gemeinsam mit dem Bus fahren will, macht mitunter ganz andere Erfahrungen. Immer öfter passiert es in letzter Zeit, dass in Omnibussen nur noch ein Rollstuhlfahrer mitgenommen werden darf. Wie kommt das? Im September 2001 wurde in Brüssel die EU-Richtlinie 2001/85 EG erlassen. Sie regelt die Personenbeförderung in Omnibussen und in diesem Rahmen auch die Mitnahme von Rollstuhlfahrern. Bürokratisch genau wird festgelegt, wie die Stellplätze für Rollstuhlfahrer in Bussen beschaffen sein müssen. So wird beispielsweise verlangt, dass es eine gepolsterte Lehne gibt, die den Rollstuhl beim scharfen Bremsen vor dem Umkippen schützt. Außerdem wird vorgeschrieben, dass nur so viele Rollstuhlfahrer befördert werden wie in der Zulassung festgelegt ist.

Umgesetzt in deutsches Recht wurde die EU-Richtlinie im Jahr 2005



Foto: üstra

Wo ein Wille ist, ist (fast immer) auch ein Weg: Die Hannoverschen Verkehrsbetriebe üstra zeigen, dass man trotz einer nicht ganz unproblematischen EU-Richtlinie durchaus zwei Rollstuhlplätze in einem Bus unterbringen kann – und zwar ohne deswegen massiv Sitzplätze abzubauen!

durch eine Modifizierung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO). Laut Bußgeldkatalog sind bei Überschreiten der zugelassenen Beförderung Geldstrafen in Höhe von 50 Euro für den Fahrer und 75 Euro für den Halter (also in der Regel die Verkehrsbetriebe) fällig. Hinzu kommt jeweils 1 Punkt in der Flensburger Verkehrssünderkartei.

Eine EU-Verordnung, die schwer zu erfüllende Anforderungen stellt, eine nicht unbedingt gelungene Umsetzung in deutsches Recht in Kombination mit der Androhung von Geld-

strafen und Punkten in Flensburg – dies ist die Gemengelage, die viele Verkehrsbetriebe veranlasst hat, von ihrer bisherigen Praxis abzurücken. Anstatt wie früher so viele Rollstuhlfahrer mitzunehmen wie in den Bus passen und verantwortet werden können, verstecken sie sich jetzt hinter Paragraphen und handeln streng nach Gesetz. Oftmals heißt das: nur ein Rollstuhlfahrer pro Bus!

Erschwerend kommt hinzu, dass die EU-Verordnung zwar nur für Neuzulassungen von Bussen ab dem Jahr 2005 gilt. Vielerorten wurde

sie aber auf den kompletten Busbestand ausgeweitet. So zum Beispiel in Hamburg. Einzige Ausnahme sind hier diejenigen Busse, die explizit für zwei Rollstühle zugelassen wurden. Das sind ganze 3 von insgesamt 650 Fahrzeugen!

Noch rigider ist man in Wiesbaden. Hier gibt es derzeit überhaupt keine Busse mit zweitem Rollstuhlplatz mehr. Als Begründung gibt die Verkehrsgesellschaft ESWE an, man wolle eine einheitliche Lösung: „Für die betroffenen Fahrgäste ist es (...)“

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Wenige Tag-nach seiner Rede auf der Bundesverbandstagung des SoVD trat Franz Müntefering als Bundesminister für



Arbeit und Soziales zurück. Er wolle sich fortan stärker um seine schwerkranke Frau kümmern. Was Müntefering als Politiker oftmals auszeichnete, spiegelte sich auch in dieser Entscheidung wider: Glaubwürdigkeit und persönliches Engagement. Es liegt nun an Olaf Scholz, bei der Rente den Nachholfaktor auf den Prüfstand zu stellen und weitere Korrekturen bei Hartz IV vorzunehmen.

Als Rechtsexperte der SPD hatte Olaf Scholz die Verabschiedung des Antidiskriminierungsgesetzes vorangetrieben. Bei seiner Antrittsrede im Deutschen Bundestag nahm er diesen roten Faden wieder auf: Er wolle sich für mehr Chancengleichheit einsetzen. Die Verabschiedung des Persönlichen Budgets sei dabei ein entscheidender Fortschritt. Menschen mit Behinderung erhielten dadurch künftig mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Betreuung. Im Interesse der Betroffenen kann Olaf Scholz dabei nur viel Glück gewünscht werden. In unser aller Interesse umso mehr; damit zwei Dinge auch den neuen Arbeits- und Sozialminister auszeichnen: Glaubwürdigkeit und persönliches Engagement.

**Marianne Saarholz,
SoVD-Vizepräsidentin**

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Haben Sie Interesse: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen

**HAMBURG
MANNHEIMER**

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Mindestlohn für Briefträger – Millionenlohn für Manager

„Wenn das Versagen von Spitzenkräften mit Fantasieabfindungen vergoldet wird, untergräbt das das Vertrauen in das soziale Gleichgewicht unseres Landes.“ Dieser Satz fiel nicht auf einer Hartz-IV-Demo, sondern auf dem CDU-Parteitag im Dezember vergangenen Jahres. Applaus für Angela Merkel, die gleich noch anfügte, dass sich mit Gesetzen da nichts erreichen lasse.

Muss der Staat eingreifen und die Bezahlung von Managern kontrollieren? Der sozialdemokratische Koalitionspartner meint ja und will – ähnlich wie bei der Festlegung von Mindestlöhnen – Obergrenzen für Abfindungen und Gehälter ziehen. Mutig packte die SPD das Problem an und setzte noch im Dezember

eine Arbeitsgruppe zur Prüfung des Vorschlags ein.

Millionengehälter prangern auch die Gewerkschaften an. Unverständlich nur, dass deren Vertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen ihren Einfluss nicht geltend machen. Schließlich stimmen auch sie mit über die Managerbezüge ab. Dagegen akzeptieren Gewerkschaften Tariflöhne, nach denen etwa eine Friseurin 464 Euro brutto erhält – pro Monat. Deutsche-Bank-Chef Ackermann erhält 1508,20 Euro – pro Stunde. Dabei liegt dieser Rechnung ein 24-Stunden-Tag des Spitzenmanagers zugrunde – Herr Ackermann verdient diese Summe also auch während er schläft. Die Friseurin nur, wenn sie arbeiten geht. Schade, dass man da nichts machen kann, Frau Merkel. *jb*

Große Koalition verschleppt Entscheidungen

ALG I und Zwangsverrentung – Rechtschaos nach dem Kompromiss

Zunächst gab es Ende vergangenen Jahres positive Zeichen aus Berlin: Die Große Koalition verständigte sich auf eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (ALG) I für ältere Arbeitslose und sprach sich gegen eine Zwangsverrentung von ALG-II-Empfängern vor deren 63. Lebensjahr aus. Trotz Geltung zum 1. Januar wurde die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes Ende vergangenen Jahres jedoch aufs Frühjahr 2008 verschoben. Die Folge: Chaos und Unsicherheit bei zahlreichen älteren Arbeitslosen.

„Länger Arbeitslosengeld I für Ältere“ so konnten es die Mitglieder des SoVD zum Jahresausklang auf Seite 1 der Mitgliederzeitung lesen. Sie dürften sich ebenso wie viele andere Menschen in diesem Land darüber gefreut haben, dass der monatelange Streit innerhalb der Großen Koalition so doch noch zu einem glimpflichen Ende kam.

Kurz darauf folgte die zweite positive Nachricht: Bezieher von Arbeitslosengeld (ALG) II sollen nicht länger ab dem 60. Lebensjahr gegen ihren Willen in Rente geschickt werden. Wenngleich Zwangsver-

rentungen durch die Anhebung der Altersgrenze auf 63 Jahre auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen wurden, fand der Kompromiss doch auch die Zustimmung des Sozialverband Deutschland. SoVD-Präsident Adolf Bauer erklärte, dies sei ein Schritt in die richtige Richtung, der insbesondere für Frauen und schwerbehinderte Menschen eine Verbesserung bedeute.

Doch schon zogen neue Wolken am Koalitionshimmel auf: In der CDU-Fraktion mehrten sich die Stimmen kritischer Abgeordneter, die damit drohten, sich bei einem Beschluss

zur längeren Zahlung von ALG I im Bundestag zu enthalten oder gar gegen diesen zu stimmen. Ob nun aus diesen Überlegungen heraus oder wegen anderer Gründe: Die Verabschiedung des Gesetzes wurde kurzerhand aufs Frühjahr 2008 verschoben. Das Ergebnis dieser Querelen ist ein heilloser Durcheinander.

Ob Zwangsrente oder längerer Bezug von ALG I – ältere Arbeitslose sind verunsichert und enttäuscht ins neue Jahr gestartet. Denn wie etwa die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit dieser unklaren Gesetzeslage umgeht war bis Jahresfrist unklar. Zu befürchten ist, dass über 50-Jährige, deren Arbeitslosengeld ausläuft, zunächst in Hartz IV abrutschen. Wird die längere Bezugsdauer von ALG I dann rückwirkend beschlossen – und selbst das ist längst nicht sicher –, müssten die höheren Leistungen erstattet werden. Wie genau diese Rückabwicklung aber funktionieren soll und vor allem wie lange sie dauert, wusste man auch bei der BA nicht zu sagen. In jedem Fall bedeutet sie für die Arbeitsagenturen eine unnötige Mehrarbeit.

Adolf Bauer jedenfalls ließ keinen Zweifel daran, wo der SoVD in dieser Frage steht: „Die Betroffenen haben ein Recht auf Klarheit. Es ist unerträglich, dass Koalitionsquerelen auf dem Rücken der älteren

Fortsetzung auf Seite 4



Foto: fbergmann / photocase

Kurz vor der Verschiebung der Beschlüsse zu Zwangsrente und ALG I stimmte die Mehrheit der Parlamentarier im Deutschen Bundestag für eine Ausnahmeregelung ihrer Altersvorsorge, die ihnen bereits nach acht Jahren ein Ruhegehalt ab dem 57. Lebensjahr zusichert. „Dem Deutschen Volke“ dagegen verordneten die Politiker die Rente mit 67.

Fortsetzung von Seite 1

Mit Rollstuhl im Bus...

nicht praktikabel, je nach Bustyp zu entscheiden, ob ein oder zwei Rollstühle mitfahren dürfen.“ Die Einrichtung eines EU-konformen zweiten Rollstuhlplatzes komme nicht infrage, weil dafür Sitzplätze geopfert werden müssten.

Andere Verkehrsbetriebe sind nicht so weit gegangen. Hier durften Ende 2007 „nur“ solche Busse keinen zweiten Rollstuhlfahrer befördern, die nach 2005 zugelassen, aber nicht entsprechend ausgestattet waren. Bei den Hannoverschen Verkehrsbetrieben üstra waren dies ausgerechnet die 21 modernsten der insgesamt 135 Stadtbusse – ein mehr als unschöner Zustand, wie die Verantwortlichen schnell erkannten. Innerhalb kurzer Zeit ließen sie deshalb die 21 betroffenen Busse umrüsten. Eine feststehende Querbank wurde durch Klappsitze ersetzt, hier ist jetzt bei Bedarf (EU-konformer) Platz für einen zweiten Rollstuhl, oder – ein weiterer Vorteil – einen zweiten Kinderwagen. Wird der Platz nicht benötigt, können die Sitze heruntergeklappt und als solche genutzt werden. Grundsätzlich sind Rollstuhl- und Sitzplätze also nicht inkompatibel – anders als von der Wiesbadener ESWE behauptet.

Der Umbau der Hannoveraner Busse kostete 4000 Euro pro Fahrzeug, wird aber von den Verantwortlichen der üstra begrüßt: „Wir sind froh, auch künftig mehreren Roll-

stuhlfahrern gleichzeitig die Mitfahrt in unseren Linienbussen anbieten zu können“, erklärte Vorstandsmitglied Wilhelm Lindberg.

Die Berliner Verkehrsbetriebe BVG haben bereits im Jahr 2004 auf die EU-Richtlinie reagiert. In diesem Jahr wurde eine neue Baureihe der berühmten gelben Doppeldecker vorgeführt, die über zwei sogenannte „Multifunktionsabteile“ verfügen, eines neben, eines gegenüber dem mittleren Einstieg. So ist gewährleistet, dass zwei Rollstuhlfahrer gleichzeitig befördert werden können. Erreicht wurde diese rollstuhlfahrerfreundliche Lösung durch frühzeitige Einbindung von Betroffenen in die Planung der Busse.

Die Beispiele aus Hannover und Berlin zeigen: Busse mit zwei EU-konformen Rollstuhlplätzen sind machbar – ohne, dass deswegen zwangsläufig auf „Sitzkomfort“ verzichtet werden muss. Ob und in welchem Umfang Verkehrsbetriebe bei künftigen Bestellungen auf einem zweiten Rollstuhlplatz bestehen, ist im Moment aber noch völlig unklar. Dabei ist ein solcher zweiter Platz für die Betroffenen viel mehr als einfach nur Service. So weist zum Beispiel Bärbel Reichelt, selbst Rollstuhlfahrerin und Mitglied im Berliner Spontanzusammenschluss Mobilität für Behinderte, auf die enormen Einschränkungen hin, die

entstehen, wenn ein zweiter Platz fehlt. Gerade in den Außenbezirken der Städte, wo ohnehin nur selten ein Bus vorbeikommt, könne das schnell dazu führen, dass ein Rollstuhlfahrer, der an der Haltestelle feststellt, dass der eine Rollstuhlplatz im Bus schon besetzt ist, eine Ewigkeit auf den nächsten Bus warten müsse. „Wenn man neue Busse konstruiert, muss man unbedingt darauf achten, dass zwei Rollstuhlfahrer gleichzeitig mitgenommen werden können“, fordert konsequenterweise Ursula Lehmann, ebenfalls Rollstuhlfahrerin. Als Mitglied im Fahrgastforum des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB), in dem sie sich für die Rechte mobilitätseingeschränkter Menschen engagiert, will sie sich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass künftige Berliner Busse einen solchen zweiten „Rolli-Platz“ haben.

Auch im SoVD wird das Thema ernst genommen. Vizepräsidentin Marianne Saarholz hält eine Situation wie die eingangs geschilderte – einer kann mitfahren, der andere bleibt an der Haltestelle – für einen glatten Widerspruch zum Gedanken der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Sie plädiert dafür, dass bei Neubestellungen von Bussen für den öffentlichen Nahverkehr künftig strikt darauf geachtet wird, dass pro Fahrzeug zwei Rollstuhlplätze vorhanden sind. mas



Karikatur: Plaßmann

Kinderarmut – das ist nicht nur materielle Not, sondern oft auch Mangel an Chancen, zum Beispiel auf angemessene Ausbildung. Für den Sozialverband Deutschland ist Kinderarmut so gravierend, dass er sie im Jahr 2008 zu einem zentralen Thema machen wird.

Übrigens: Der Autor unserer Karikatur, Thomas Plaßmann, hat erst vor Kurzem beim „Deutschen Preis für die politische Karikatur“ den Sonderpreis „Künstlerischer Strich“ gewonnen.

SoVD begrüßt Persönliches Budget

Der Sozialverband Deutschland begrüßt das Persönliche Budget, das Menschen mit Behinderungen ab dem 1. Januar 2008 die Möglichkeit gibt, benötigte Hilfen selbst zu organisieren und selbst zu entscheiden, wen sie damit beauftragen. Das Persönliche Budget, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer, biete die Chance, ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen.

Bauer weist darauf hin, dass das Persönliche Budget noch bekannter werden muss, damit sein Potential voll ausgeschöpft werden kann. Bei Sachbearbeitern und Leistungsträgern bestehe noch Informationsbedarf. Gleichzeitig warnte der SoVD-Präsident davor, das Persönliche Budget zu missbrauchen, um damit Kosten einzusparen. Es müsse gewährleistet werden, dass die Kostensätze so berechnet werden, dass der Budgetnehmer Leistungen zu ortsüblichen Tarifen und in der nötigen Qualität einkaufen kann.

Adolf Bauer traf Ulla Schmidt

SoVD-Präsident Adolf Bauer hat sich mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt getroffen, um mit ihr über die Reform der Pflege zu sprechen. Bauer machte im Gespräch deutlich, dass der Sozialverband Deutschland die Stoßrichtung der geplanten Pflegereform grundsätzlich begrüßt, insbesondere die Stärkung der häuslichen Pflege, die Dynamisierung der Leistungen, die Einbeziehung Demenzerkrankter und Qualitätsregelungen.

Als unbefriedigend bezeichnete der SoVD-Präsident hingegen unter anderem die fehlende Unabhängigkeit der Pflegeberatung in den Pflegestützpunkten und die Verpflichtung der Ärzte, bei Komplikationen aufgrund von Piercings, Tätowierungen und Schönheits-Operationen die Krankenkasse des Patienten zu informieren.

Weiteres Thema der Unterhaltung waren die Initiative „Daheim statt Heim“ und die Möglichkeiten, die Entstehung weiterer Großpflegeheime zu verhindern. Die Ministerin bat den SoVD, auf Landesebene Druck auszuüben, damit die Länder ihre Förderungen für derartige Einrichtungen einstellen.



Foto: Muhrbeck

Der SoVD zum Gesprächstermin im Bundesgesundheitsministerium. Präsident Adolf Bauer (2. von re.) wurde von Dr. Gabriele Kuhn-Zuber und Gabriele Hesseken (3. bzw. 1. von re.) begleitet. Aufseiten von Ulla Schmidt (2. von li.) nahmen am Gespräch teil: Staatssekretär Dr. Theo Schröder (3. von li.), Büroleiter Ulrich Tilly (1. von li.) und Unterabteilungsleiter Dr. Matthias von Schwanenflügel (4. von li.).

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Gut tun – tut gut geht 2008 weiter

Nach dem großen Erfolg der Kampagne hat sich der Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland (SoVD) dazu entschlossen, die Kampagne Gut tun – tut gut auch 2008 weiterzuführen. Die Planungen dazu laufen derzeit auf vollen Touren. Es wird auch 2008 wieder zwei große Aktionen zum Mitmachen geben. Außerdem werden bewährte Aktivitäten wie die Preisverleihung für vorbildliches ehrenamtliches Engagement, die Gutscheinkampagne und der monatliche Info-Brief weitergeführt. Einen ersten Überblick über die geplanten Aktionen erhalten Sie in der Februar-Ausgabe unserer SoVD-Zeitung.

Gutscheinkampagne geht bis Ende März 2008! Alle Teilnehmer aufgepasst!

Bis Ende März 2008 geht die Gutscheinkampagne weiter! Unser Ziel sind 10.000 gute Taten für ganz Deutschland. Machen Sie mit und fordern Sie die Gutscheine an! Gutscheine erhalten Sie in Ihrer Landesgeschäftsstelle, in der Bundesgeschäftsstelle (Abteilung Zentrale Aufgaben, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin, E-Mail: gutschein@sovd.de) oder direkt über die Kampagnen-Botschafter. Am 9. April werden unter allen Einsendungen der ausgefüllten Gutschein-Postkarten zehn Bücher des SoVD-Ratgeberbandes „Gut tun – tut gut. Menschen helfen Menschen im Alltag. 70 kleine Ideen und Tipps für Glücksbringer“ verlost. Schreiben Sie auf die Antwortpostkarte des Gutscheins, welche gute Tat Sie verschenkt haben und senden Sie die Postkarte an die oben genannte Adresse der Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Gut tun – tut gut, oder schreiben Sie eine Mail an kampagne@sovd.de. Sie können Ihre gute Tat auch auf der Internetseite www.gut-tun-tut-gut.de in der Rubrik „10.000 gute Taten“ mitteilen. Alle bis zum 9. April eingehenden Einsendungen nehmen an der Verlosung teil. Weitere Informationen erhalten Sie an unserer Kampagnenhotline (Bettina Keller, Tel.: 030/72 62 22-199, dienstags bis donnerstags von 11 bis 16 Uhr) oder per E-Mail: kampagne@sovd.de. Herzlichst Ihr Kampagnenteam

„Ein Zeichen der Solidarität, Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit setzen“

Ulrich Wittwer (69) ist einer der drei Botschafter des Landesverbandes Hamburg. Solidarität, Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit in einer Gesellschaft zu leben, in der Schwache und Bedürftige immer mehr an den Rand gedrängt werden – das ist für ihn ein wichtiges Motiv, die Kampagne Gut tun – tut gut zu unterstützen.



Ulrich Wittwer, Botschafter des Landesverbandes Hamburg

Ulrich Wittwer war 34 Jahre als Geschäftsführer des Berufsförderungswerkes in Hamburg und über 25 Jahre lang als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke tätig. Das Miteinander der Menschen und die Gewährleistung der Teilhabe für alle ist Bestandteil seines beruflichen und persönlichen Lebens. Und diese Einstellung findet er in der Kampagne wieder. Ulrich Wittwer hofft, dass die zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten, die scheinbar selbstverständlich sind, gewürdigt und anerkannt werden und dass viele Menschen durch die guten Beispiele ermuntert werden, sich auf Solidarität und Gemeinschaft zu besinnen. Jeder kann „selbst sehr viel tun und bewirken...“, auch wenn es zunächst nur wenig erscheint“. Denn auch die kleinste Hilfe kann einem anderen Menschen sehr viel bringen. Durch seine berufliche Erfahrung weiß Wittwer auch, dass derje-

nige, der heute Hilfe geben kann, morgen vielleicht selbst darauf angewiesen ist. „Ich hoffe auch, dass die Kampagne generell dazu beiträgt, dass die sogenannten Starken darüber nachdenken, wie wichtig Solidarität ist und dass sie selbst sehr schnell zu den Schwachen zählen können.“ Solidarität lebt vom gegenseitigen Einstehen und von gegenseitiger Unterstützung – das ist das, was Gut tun auszeichnet.

Wittwer engagiert sich auch in weiteren Funktionen im SoVD. Er ist Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses im Bundesverband und im Landesverband Hamburg. Er vertritt den Verband im Ausschuss für Fragen behinderter Menschen beim Bundesinstitut für Berufsbildung und im Beratenden Ausschuss für behinderte Menschen beim Integrationsamt Hamburg. Das Thema „Teilhabe und Integration für behinderte Menschen“ ist auch aufgrund seiner beruflichen Laufbahn prägend für seine ehrenamtliche Arbeit. Deshalb möchte er die Kampagne Gut tun – tut gut in Hamburg persönlich unterstützen und zeigen, dass Engagement und Hilfsbereitschaft notwendig und wichtig sind. Fragen zur Kampagne in Hamburg beantwortet Ulrich Wittwer gern. Er ist in der Landesgeschäftsstelle zu erreichen unter Tel.: 040/61 16 07-0 und unter der E-Mail-Adresse: ulrichwittwer@alice-dsl.de.

Ortsverband Immensen spendet zugunsten der Clinic-Clowns Hannover

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Ortsverbandes Immensen rief die Vorsitzende Brunhild Osterwald alle Gäste auf, auch die nicht zu vergessen, denen es nicht so gut geht. Sie bat daher um eine Spende zugunsten der Clinic-Clowns Hannover. Es kam der erfreuliche Betrag von 300 Euro zusammen. Die Spende wurde im November 2007 direkt in der Kinderklinik der Medizinischen Hochschule Hannover überreicht.

Foto re.: Clown Bruno nahm mit Clownin Fanny die Spende von der 1. Vorsitzenden, Brunhild Osterwald, und vom stellvertretenden Schatzmeister, Rudolf Ernstmeier, entgegen.



Reichsbund Wohnungsbau GmbH hilft krebskranken Kind

Die Reichsbund Wohnungsbau GmbH übernimmt für einen krebskranken Jungen (10) aus Dortmund die Kosten für zwei Monate Förderunterricht. Die Initiative für diese gute Tat ergriff der Landesverband NRW. Der zehn Jahre alte Peter (Name von der Redaktion geändert) besucht die vierte Klasse einer Grundschule in Dortmund. Vor einiger Zeit erkrankte er an Leukämie. Peter konnte lange nicht den Unterricht besuchen und versäumte deshalb viel Lernstoff. Um die Versäumnisse aufzuho-

len, möchte Peter Förderunterricht nehmen. Doch der ist leider sehr teuer. Anne-Dörte Lorenz, Mitglied des Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen informierte Vizepräsidentin Marianne Saarholz über die Situation des Zehnjährigen. In einem Gespräch mit Matthias Herter, Geschäftsführer der Reichsbund Wohnungsbau GmbH, fand sich schnell die Lösung: Die Reichsbund Wohnungsbau spendet 400 Euro Zuschuss für den Förderunterricht. Denn: Gut tun – tut gut!

Ortsverband Beckdorf spendet Erlös vom Flohmarkt an Hospiz

Der Ortsverband Beckdorf veranstaltete im vergangenen Jahr einen Flohmarkt im Rahmen seiner Gut tun-Aktionen. Die 2. Vorsitzende, Margrit Schiebe, überreichte den Erlös von 200 Euro an die Hospizgruppe in Buxtehude, die sich mit dem Geld einen gebrauchten Videoprojektor zulegen will.

Das Foto zeigt die Schriftführerin Heike Müller (re.) mit der 2. Vorsitzenden, Margrit Schiebe, die dem Hospiz auch den Gut tun-Ratgeberband schenkte.



Bundestagsabgeordneter Karl-Georg Wellmann mit Hündin Emma im Einsatz

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann weiß, wie viel Freude der Umgang mit Tieren macht. Er nahm seine Labrador-Hündin Emma mit zu einem gemeinsamen Frühstück mit Demenzkranken und besuchte nachmittags erblindete und sehbehinderte Senioren in einer Berliner Blindenwohnstätte. Mit dabei war die Kampagnen-Botschafterin des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Rita Krüger-Bieberstein.

Bundestagsabgeordnete Helga Lopez liest Weihnachtsgedichte in einem Wohn- und Pflegeheim

Im Dezember 2007 bescherte die Bundestagsabgeordnete Helga Lopez (SPD) den Bewohnerinnen und Bewohnern des AWO Wohn- und Pflegeheims Marie Juchacz-Haus in Herborn einen gemütlichen Adventsnachmittag. Im Rahmen der Gutscheinkampagne las die Parlamentarierin den Seniorinnen und Senioren besinnliche und auch heitere Weihnachtsgedichte vor. Die Bewohnerinnen und Bewohner erinnerten sich dadurch wieder an frühere Weihnachten und tauschten Geschichten aus ihrer eigenen Kindheit aus. „Es hat den Senioren sehr gut gefallen“, erzählt Helga Lopez. Auch ihr habe es Spaß und Freude bereitet Gutes zu tun.

Der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Hessen und 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Lich-Eberstadt, Gerhard Zimmer, hielt einen Vortrag über die Geschichte des SoVD. Unter den Bewohnerinnen waren auch einige Kriegswitwen, die den SoVD noch gut als Reichsbund in Erinnerung hatten. Für das leibliche Wohl der Seniorinnen und Senioren war mit Kaffee, Tee und Kuchen natürlich auch gesorgt. Es war ein rundum gelungener Nachmittag, resümierte Gerhard Zimmer.



Helga Lopez (Mitte) war so angetan von der Gut tun – tut gut-Kampagne, dass sie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen, Gerhard Zimmer (re.), versprach, SoVD-Mitglied zu werden.

Arbeitsmarktreform mit Nebenwirkungen

„Bürokratiemonster“ Hartz IV: Behörden und Gerichte überfordert

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollte den Bürokratieaufwand reduzieren. Das Gegenteil ist der Fall: Viele Bescheide aus den Jobcentern sind fehlerhaft – den Empfängern bleibt nach dem Widerspruch nur der Klageweg. Somit landen immer mehr Beschwerden vor den Sozialgerichten. Allein in Berlin waren es im vergangenen Oktober über 2000 neue Klagen. Das Hartz-IV-Chaos.

Eines hat die Arbeitsmarktreform ohne jeden Zweifel erreicht: Vor allem die Richter an den Sozialgerichten können sich vor Arbeit kaum noch retten. Das größte Sozialgericht befindet sich in Berlin. Dort landen immer mehr Klagen, die inhaltlich mit den Hartz-Regelungen zu tun haben. Allein vom Januar 2006 bis zum Juni des vergangenen Jahres hat sich die Anzahl dieser Klagen fast verdoppelt und lag bei rund 1400 pro Monat (die SoVD-Zeitung berichtete im August 2007).



Foto: mr.b & oeln / photocase
Aktenstapel – eine unerwünschte Nebenwirkung der Hartz-Reformen.

Schon damals vermied der Pressesprecher des Berliner Sozialgerichtes, Michael Kanert, den Ausdruck „Klageflut“, da dieser in der Konsequenz einen möglichen Rückgang suggeriere und eine „Klageebbe“ sei nun mal nicht in Sicht. Er sollte Recht behalten: Im Oktober 2007, hatte das Gericht einen Eingang von 2051 Klagen zu bewältigen – das entspricht einer Steigerung von fast 50 Prozent innerhalb von nur vier Monaten. Ein neuer Rekord. Woran liegt das?

Eine Ursache liegt in der grundsätzlichen Gestaltung der Hartz-Gesetze. Es ist verwaltungstechnisch schwierig, den Bedarf eines Menschen im Einzelfall pauschal zu regeln. Ein Beispiel: Erst kürzlich hat sich der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gegen die Praxis der Jobcenter gewandt, Beziehern von Arbeitslosengeld (ALG) II im Falle eines Krankenhausaufenthaltes die Leistungen zu kürzen (siehe SoVD-Zeitung

11/2007). Die Behörden hatten bisher damit argumentiert, dass im Rahmen eines stationären Aufenthaltes keine Kosten für eine separate

algerichtetes, Michael Kanert, bringt eine weitere entscheidende Ursache der Misere auf den Punkt: „Hartz IV ist eine strukturelle Überforderung der Behörden.“

Die Berechnungen zu Nebeneinkünften oder zu den vom Jobcenter übernommenen Kosten seien teilweise so kompliziert wie das Steuerrecht. Bei den Mietkosten muss der Sachbearbeiter beispielsweise den monatlichen Aufwand für Warmwasser herausrechnen, da die Kosten für diesen individuellen Verbrauch (anders als im Fall der Heizkosten) nicht von der Behörde übernommen werden. Was aber, wenn die Wohnung mit Gas beheizt wird und dieses Gas gleichzeitig zum Kochen dient? Hierfür muss eine festgelegte „Kochgaspauschale“ von den Gesamtkosten abgezogen werden.

Verpflegung des Patienten anfielen und diesem als ALG-II-Empfänger somit weniger Geld zustünde. Da es sich hierbei jedoch um eine Pauschale handele, so der Petitionsausschuss, sei eine willkürliche Kürzung im Einzelfall unzulässig.

Das Beispiel zeigt, wie schwierig der Umgang mit pauschalierten Leistungen ist. Betroffene können zunächst Widerspruch gegen einen als ungerecht empfundenen Bescheid des Jobcenters einlegen. Zeitigt dieser keinen Erfolg, bleibt ihnen nur die Klage vor dem örtlichen Sozialgericht. Dort müssen sich dann haupt- und ehrenamtliche Richter mit Einzelfallprüfungen beschäftigen, bei denen es meist um vergleichsweise geringe Summen geht. Das Komplizierte, wenn nicht gar Tragische, ist nur, dass es für die Empfänger von ALG II eben doch einen Unterschied macht, ob sie im Monat 20 Euro mehr oder weniger zum Leben haben.

Der Sprecher des Berliner Sozi-

So gibt es zahlreiche Details zu beachten – die Leistungsberechnung ist kompliziert. An diesem Punkt rächt es sich, dass viele Mitarbeiter der Jobcenter aus dem Überhang anderer Behörden stammen und nicht hinreichend qualifiziert sind. In ihrem Arbeitsalltag leiden auch sie unter der von Michael Kanert angesprochenen „strukturellen Überforderung“. Diese überträgt sich auf die Gerichte und letztlich auf die Leistungsempfänger. Als Trost bleibt diesen nur eine weitere Statistik: Jede dritte Klage vor den Gerichten ist erfolgreich und bereits bei den im Vorfeld eingelegten Widersprüchen bekommen 40 Prozent der Betroffenen Recht. Immerhin.

Fortsetzung von Seite 2

ALG I und Zwangsverrentung...

Arbeitslosen ausgetragen werden.“

Von der Verschiebung ebenfalls betroffen ist eine Reform der Hinzuverdienstgrenzen für Rentner. Für deren Angleichung an die sogenannte Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro setzt sich der SoVD bereits seit 2003 ein. Bisher liegt diese für die Bezieher einer vorgezogenen Altersrente oder einer vollen Erwerbsminderungsrente noch bei 350 Euro. Schon bei einer geringfügigen

Überschreitung dieser Summe müssen Betroffene einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihrer Rente zurückzahlen. Das Anheben der Hinzuverdienstgrenze wurde bereits im vergangenen Jahr beschlossen, deren Umsetzung dann aber doch auf 2008 verschoben.

Die Große Koalition hat dabei in der Vergangenheit durchaus Einigkeit bewiesen, wenn es darauf ankam, Abstimmungen im Deutschen

Bundestag innerhalb kürzester Zeit zu bewerkstelligen. Zuletzt im November 2007. Damals ging es um eine Erhöhung der Bezüge und um eine Verbesserung der Altersvorsorge von insgesamt 613 Abgeordneten. Diese Änderungen wurden pünktlich zum 1. Januar beschlossen. Die verschobene Regelung zum ALG I dagegen steht noch immer aus. Von ihr sind rund 40 000 Menschen betroffen.

Wie in der vergangenen Ausgabe der SoVD-Zeitung berichtet, **empfiehlt die Bundesrechtsabteilung SoVD-Mitgliedern**, vorsorglich Widerspruch einzulegen, falls die Arbeitsagentur dazu auffordert, eine vorgezogene (d. h. mit Abschlägen belegte) Altersrente zu beantragen. Sollte der Gesetzgeber seine Pläne zur Zwangsverrentung rückwirkend aufgeben, könnte das Rechtsmittel problemlos zurückgenommen werden.

Soweit in Kürze ein Anspruch auf Arbeitslosengeld I auslaufen sollte, können Betroffene einen Überprüfungsantrag bei der Arbeitsagentur stellen, wenn der Gesetzgeber, wie angekündigt, im Februar oder März

eine Verlängerung des ALG-I-Bezuges rückwirkend zum 1. Januar 2008 beschließt. Die Arbeitsagentur müsste dann den ursprünglichen Bescheid über den ALG-I-Bezug aufheben und einen neuen Bescheid mit einer längeren Bezugszeit erteilen. Zu beachten ist, dass auch bei einem vorläufigen ALG-II-Bezug eine Bedürftigkeitsprüfung stattfindet. Es dürfte daher zweckmäßig sein, sich hinsichtlich der konkreten Leistungserbringung (ggf. in Form eines Darlehens) direkt mit der zuständigen Arbeitsagentur in Verbindung zu setzen. Im Zweifel sollten sich Betroffene aber vorab auch noch einmal an ihre SoVD-Geschäftsstelle vor Ort wenden.

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro
 Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich
 jährlich

ab	KontoinhaberIn
Konto	BLZ
Geldinstitut	

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum
Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:	Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:
Name	1 Name und Geburtsdatum
Straße	2 Name und Geburtsdatum
PLZ, Ort	3 Name und Geburtsdatum
SoVD Ortsverband	4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

„Wir verschaffen unseren Mitgliedern Gehör“

Vielleicht haben auch Sie den Jahreswechsel zum Anlass genommen, einmal kurz Rückschau zu halten auf das vergangene Jahr – mit all seinen Höhen und Tiefen. Wahrscheinlich haben Sie sich auch Gedanken darüber gemacht, mit welchen Zielen Sie in das neue Jahr gehen wollen.

Der Jahreswechsel war Anlass für die SoVD-Redaktion, die Mitglieder des neuen Präsidiums nach ihren Zielen für 2008 zu fragen. Die Ziele, die sich die Präsidiumsmitglieder gesteckt haben, zeigen, dass jeder für den gemeinsamen Erfolg unseres Verbandes wichtig ist. Lesen Sie selbst!



Adolf Bauer
Präsident

Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und gleichberechtigter Teilhabe

Mit der „Berliner Erklärung“ hat die Bundesverbandstagung die Weichen für die sozialpolitische Arbeit unseres Verbandes in den kommenden Jahren gestellt. Die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und gleichberechtigter Teilhabe wird unsere Arbeit 2008 prägen. Dafür werden wir auch Bündnisse schließen und gemeinsam für unsere Ziele kämpfen. Der SoVD wird die Umsetzung der Pflegereform und der Gesundheitsreform kritisch begleiten. Wir fordern eine Rentenerhöhung, die mindestens die Inflation ausgleicht. Ungerechtigkeiten bei Hartz IV müssen beseitigt werden. Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements führen wir die erfolgreiche Kampagne Gut tun – tut gut weiter. Wir werden den Anliegen unserer Mitglieder Gehör verschaffen und uns mit aller Kraft für ihre Interessen einsetzen.



Marianne Saarholz
Vizepräsidentin

Teilhabe behinderter Menschen von Anfang an

Besonders am Herzen liegt mir die Chancengleichheit zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen. In Deutschland werden nur zwölf Prozent der behinderten Kinder gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern unterrichtet. Diese Zahl stagniert seit Jahren. Daher werde ich mich für eine Integration bzw. Inklusion im Bildungswesen einsetzen. Nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Kindergärten und -tagesstätten sollte es ermöglicht werden, alle Kinder – auch solche mit einem Handicap – aufzunehmen und zu betreuen. Darüber hinaus wird unser Aktionsbündnis für die berufliche Teilhabe seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Ziel des Bündnisses war und ist, für behinderte Menschen eine reelle Chance auf qualifizierte Ausbildung und Arbeit zu schaffen. Behinderte sind von dem immer härter werdenden Wettbewerb um Ausbildungs- und Arbeitsplätze besonders betroffen.



Lothar Dufke
Vizepräsident

Ausbau der Sozialberatungszentren

Die mitgliederschwächeren Landesverbände erwarten Mithilfe zur Verbesserung ihrer Situation. Da gibt es für mich keine lange Einarbeitungszeit. Zuerst möchte ich die Verbände im nördlichen Teil des Landes besuchen, um mich über Stärken, Schwächen und Hilfsmöglichkeiten zu informieren. Die Einrichtung von möglichst vielen Sozialberatungszentren ist für mich zentrales Anliegen. Durch kompetente Beratung der Menschen und konsequente Durchsetzung ihrer Ansprüche in allen Sozialangelegenheiten gewinnt unser Verband neue Mitglieder. Dies muss projektbezogen vom Bund und den „starken“ Landesverbänden unterstützt werden. Die Partnerschaft meines Kreisverbandes Dithmarschen mit Märkisch-Oderland soll 2008 das erste Projekt sein. Ein weiteres Anliegen sind Kooperationen und die innerverbandliche Fortbildung.



Ingeborg Saffe
Bundesschatzmeisterin

Thema Nummer eins sind geordnete Finanzen

Mein Ziel für 2008 ist – wie in den vergangenen Jahren auch – die geordnete Vermögenslage des Bundesverbandes sicherzustellen. Als Bundesschatzmeisterin gehört es zu meinen Aufgaben, das Präsidium und den Bundesvorstand stets über die wirtschaftliche Lage und die wichtigsten Geschäftsvorfälle zu informieren. In Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle lege ich zu jeder Sitzung einen aktuellen Finanzstatus des Bundesverbandes und unserer 14 Landesverbände vor. Wichtig ist mir auch, die zentralen Dienstleistungen der Bundesgeschäftsstelle für die Landesverbände zu optimieren. Besonders am Herzen liegen mir die mitgliederschwachen Landesverbände. Schulungen für Landesschatzmeister, unter Einbeziehung der Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer sowie der Bundesrevisoren runden das Programm ab.



Sven Picker, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses

Für ein soziales Miteinander

Das Jahr 2008 wird ganz im Zeichen des Kampfes für mehr soziale Gerechtigkeit stehen. Mit der auf dem Bundesverbandstag verabschiedeten „Berliner Erklärung“ sind wir programmatisch gut aufgestellt – jetzt geht es um die Umsetzung unserer Forderungen.

Absoluten Vorrang hat für uns die Verhinderung der Zwangsverrentung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern (siehe S. 2). Dieser dramatische Schritt in Richtung Altersarmut muss gestoppt werden.

Auch setzen wir uns weiterhin für eine menschenwürdige Pflege ein, bei der die Angehörigen entlastet und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen verbessert werden.

Unsere Sozialpolitik müssen wir konsequent vertreten und verständlich formulieren. Dann werden wir immer mehr Menschen für den SoVD gewinnen und sozialpolitisch noch mehr erreichen.

Anzeige

Lifta, der Treppenlift

Jetzt auch zur Miete

- Lifta passt praktisch überall
- Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- Über 60.000 verkaufte Liftas
- Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- Eigener Kundendienst bundesweit
- 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.
☎ 0800-22 44 66 1
Internet: www.lifta.de

Der Treppenlift

Freiwillig geprüfte Beratungs- und Servicequalität

GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name/Vorname _____
Straße/No. _____
PLZ/Ort _____ Tel.-Nr. _____

Lifta GmbH, Abt. SOV 25, Herbellner Straße 33, 50858 Köln



Edda Schliepack
Sprecherin der Frauen

Für eine Stärkung der Frauen

Es ist mir wichtig, dass bereits im ersten Halbjahr die Mitglieder des Ausschusses für Frauenpolitik und auch alle Landesfrauensprecherinnen sowie einige weitere Gäste nach Berlin für einen Austausch über die Frauenarbeit in den SoVD-Gliederungen eingeladen werden. Die Veranstaltung soll den Frauen Impulse für ihre Arbeit vor Ort liefern. Darüber hinaus ist geplant, das Treffen mit einer Fachveranstaltung, voraussichtlich zur Pflegepolitik, zu verbinden. Im Ausschuss für Frauenpolitik wollen wir gemeinsam aktuelle Gesetzgebungsverfahren aus der Sicht von Frauen begleiten. Absehbare Schwerpunkte werden die Pflegereform und ihre Auswirkungen auf Frauen in der Pflege sowie die Problematik der Kinderarmut in Deutschland sein.



Manfred Grönda, Vorsitzender des Organisationsausschusses

Mitgliederwerbung bei Jung und Alt

Im Organisationsausschuss des Bundesverbandes laufen all die Projekte zusammen, die mehrere Landesverbände betreffen und Auswirkungen auf den gesamten Bundesverband haben können. Wir wollen die Wiedererkennung unseres Verbandes fördern und damit insgesamt bekannter werden. So beschäftigen wir uns laufend mit der Weiterentwicklung unserer grafischen Gestaltungsrichtlinien. Es geht bei unseren Aktivitäten um einheitliche Regelungen, die aber auch der Vielfalt unseres Verbandes gerecht werden. Über gezielte Befragung unserer Mitglieder ermitteln wir die Zufriedenheit und erhalten Impulse für neue Aktivitäten. Ein weiteres Anliegen ist die gezielte Ansprache jüngerer Mitglieder und die Nachwuchsförderung.



Hartmut Marx
Schriftführer

Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Mit großem Erfolg haben wir im Jahr 2006 auf allen Ebenen unseres Verbandes die Kampagne Gut tun – tut gut gestartet. Wir zeigen damit, dass die Arbeit des Sozialverband Deutschland auch den Dienst am Nächsten umfasst. Konkret vor Ort helfen die Mitglieder in unseren Orts- und Kreisverbänden anderen Menschen und zeigen damit, dass Solidarität und Gemeinschaft Kennzeichen unseres Verbandes sind. Ich hoffe, dass wir noch mehr Menschen – junge und alte Menschen – durch unsere Kampagne zum Mitmachen bewegen können und viele auf diese Weise die Arbeit unseres Verbandes kennenlernen werden.

Den mitgliederschwächeren Landesverbänden im südlichen Teil des Landes gilt meine besondere Unterstützung.



Horst Brinkmann, Vorsitzender des Finanzausschusses

Breite Zustimmung erreichen

Im neu gebildeten Finanzausschuss des Bundesverbandes diskutieren wir rund um unsere Strukturen unter finanziellen und steuerlichen Aspekten. Gemeinsam mit weiteren Fachleuten entwickeln wir Maßnahmen, die dazu geeignet sind, den Verbandsständigkeitsprozess einiger Landesverbände zu unterstützen und reibungslos umzusetzen.

Zusammen mit der Bundesschatzmeisterin, den Vertretern von mitgliederstarken und -schwachen Landesverbänden sammeln wir die notwendigen Informationen und stimmen die entwickelten Vorschläge mit den anderen Gremien ab. Das Ergebnis sind Beschlussvorlagen für Präsidium und Bundesvorstand, die breite Zustimmung erreichen.

Studie belegt die Verbreitung von Billigjobs

Arbeit für einen Niedriglohn – für 5,5 Millionen Menschen Realität

Im vergangenen Jahr einigte sich die Große Koalition nach langem Hin und Her auf die Einführung eines Mindestlohnes im Bereich des Briefgewerbes. Kurz darauf kündigte die PIN AG die Entlassung von 1000 Beschäftigten an. Vernichten also Mindestlöhne tatsächlich Arbeitsplätze?

Die Streichung von Arbeitsplätzen und die Entlassung von Menschen stellt in unserer Gesellschaft das größte Druckmittel eines Unternehmens dar. Die Deutsche Post und die PIN AG haben diese Drohung während des Streits um die Einführung eines Mindestlohnes für Briefzusteller beide benutzt. Die eine Seite fürchtete die Konkurrenz des Billig-anbieters, die andere höhere Kosten. Nach der Einigung auf eine untere Lohnschwelle von 8 Euro (Ost) bzw. 9,80 Euro (West) hat die PIN AG ihre Drohung wahr gemacht und die Entlassung von 1000 Mitarbeitern angekündigt.

Betroffen ist jeder sechste

Eine in der Frankfurter Rundschau erschienene Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) belegt, wie verbreitet Niedriglöhne schon jetzt sind: Im vergangenen Jahr arbeiteten

rund 5,5 Millionen Menschen für einen Stundenlohn von weniger als 7,50 Euro. Zur Verdeutlichung dieser Zahlen: Damit ist schon jetzt jeder sechste abhängig Beschäftigte betroffen (17,7 Prozent). Rund 1,9 Millionen Arbeitnehmer hatten sogar weniger als 5 Euro pro Stunde in der Lohntüte.

Die Daten der IAQ-Studie basieren auf dem Sozioökonomischen Panel, welches vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erhoben wird. Die Befragung hat darüber hinaus ergeben, dass 63 Prozent der Geringverdiener Frauen sind.

Vor diesem Hintergrund müssen auch die von der PIN AG angekündigten Entlassungen gesehen werden. Dort erhielten die Briefzusteller bisher im Durchschnitt 7,33 Euro pro Stunde. Trotz der gezahlten Niedriglöhne machte das Unternehmen

allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres rund 50 Millionen Euro Verlust. Das zeigt, dass Geschäftsmodelle, die auf Dumpinglöhnen basieren in Deutschland nicht automatisch erfolgreich sind.

Mindestlohn geht jeden an

Unser soziales Sicherungssystem kann nur dann funktionieren, wenn die Menschen für ihre Arbeit auch anständig bezahlt werden. Wer weniger verdient, zahlt auch weniger Sozialbeiträge. Als Folge wird das solidarisch finanzierte Rentensystem ausgehöhlt und die Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge wächst. Leisten können sich diese aber wiederum nur Menschen, deren Einkommen dafür auch ausreicht – ein Teufelskreis, der in den vergangenen Jahren von sinkenden Löhnen zusätzlich verstärkt wurde. Verlierer dieser Entwicklung ist letztlich die ganze Gesellschaft.

Auf diesen Zusammenhang hat auch der SoVD wiederholt hingewiesen und den Mindestlohn im Rahmen der Berliner Erklärung zu einer sozialpolitischen Grundsatzforderung gemacht (siehe hierzu auch die letzte Ausgabe der SoVD-Zeitung). Ein gesetzlicher Mindestlohn muss nach Überzeugung des Verbandes endlich Schluss machen mit der Ausbeutung von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Auch über den Bereich der Briefzusteller hinaus wird sich der SoVD daher weiter dafür stark machen, dass Armutslöhne nicht länger durch Zuschüsse über Hartz IV staatlich subventioniert werden.



Foto: Eckel

Auch ein Ergebnis der Studie zum Mindestlohn: Von Lohndumping sind Frauen mit insgesamt 63 Prozent häufiger betroffen als Männer.

Regelungen gelten ab 1. Juli 2008

Neues Rechtsberatungsgesetz

Nach langjähriger Diskussion wird das Rechtsberatungsgesetz aus dem Jahr 1935 zum 1. Juli 2008 vollständig durch ein neues Gesetz ersetzt. Das Rechtsberatungsrecht regelt, wer andere rechtlich beraten und gegenüber Dritten oder vor den Gerichten vertreten darf.

Der Bundestag hat die Neuregelungen am 11. Oktober 2007 beschlossen, der Bundesrat am 9. November. Mit dem neuen Rechtsberatungsrecht wird zukünftig klar zwischen gerichtlichen und außergerichtlichen Tätigkeiten unterschieden.

Das neue Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) regelt, wer außergerichtlich tätig werden darf. Eine Rechtsdienstleistung kann z. B. eine rechtliche Beratung sein oder eine außergerichtliche Vertretung gegenüber Behörden und anderen Dritten. Die umfassende Rechtsdienstleistung bleibt auch zukünftig den Rechtsanwältinnen vorbehalten. Daneben erlaubt das Gesetz allen Berufsgruppen, eine Rechtsdienstleistung als Nebenleistung zu erbringen, wenn die Nebenleistung zum Berufsbild gehört. Beispielsweise können Unternehmensberater über Insolvenzrecht, Bausachverständige über privates Baurecht oder Bankangestellte über rechtliche Fragen zur Unternehmensnachfolge beraten. Neu ist, dass Inkassodienste und

Rentenberater sich in einem Rechtsdienstleistungsregister registrieren lassen müssen.

Der SoVD begrüßt, dass das RDG nun ausdrücklich klarstellt, dass Berufs- und Interessensvereinigungen für ihre Mitglieder im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Aufgaben Rechtsdienstleistungen erbringen dürfen. Zwar verlangt das Gesetz von den Verbänden, dass die Rechtsdienstleistung von juristisch qualifizierten Personen erbracht oder angeleitet wird. Doch wird der SoVD dieser Anforderung problemlos gerecht. Soweit die SoVD-Sozialberater nicht ohnehin selbst Volljuristen sind, werden sie regelmäßig von Volljuristen auf Landes- oder Bundesebene informiert und können bei Fragen auf diese zurückgreifen. Das RDG stellt auch klar, dass anerkannte Verbände zur Förderung der Belange behinderter Menschen nach dem Behindertengleichstellungsgesetz, wie der SoVD, auch in diesem Zusammenhang rechtlich tätig werden dürfen.

Im Familien- und Freundeskreis

darf auch unentgeltlich beraten werden. Vereine oder soziale Einrichtungen dürfen aber nur unentgeltlich beraten, wenn eine juristisch qualifizierte Person beteiligt wird. Problemlos möglich ist im Übrigen die reine Rechtsanwendung. Auch können Rechtsfragen und Rechtsfälle in den Medien dargestellt werden, Schiedsgerichte tätig und Rechtsfragen zwischen Betriebsräten und Mitarbeitern erörtert werden.

Nicht jeder, der nach dem RDG außergerichtliche Rechtsdienstleistungen erbringen darf, kann auch vor Gericht vertreten. Wer gerichtlich vertreten darf, steht in den Verfahrensordnungen der Gerichte. Der SoVD kann hiernach seine Mitglieder auch weiterhin in allen sozialgerichtlichen Verfahren vertreten. In Verfahren über Angelegenheiten der Kriegsopferfürsorge und des Schwerbehindertenrechts sowie der damit im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten des Sozialhilferechts kann der SoVD auch vor den Verwaltungsgerichten auftreten. sh

Präsident Bauer zu Gast auf rentenpolitischer Tagung des DGB

Im Rahmen einer rentenpolitischen Tagung des DGB am 22. November 2007 in Berlin hat SoVD-Präsident Adolf Bauer einen Vortrag gehalten. Bauer nahm an einem Workshop zum Thema Erwerbstätigenversicherung teil und sprach über sozialpolitische Herausforderungen in der Alterssicherung.



Bauer erläuterte das gemeinsam erarbeitete Konzept von SoVD, DGB und Volkssolidarität für eine Erwerbstätigenversicherung. Diese wirke insbesondere einer unzureichenden Altersvorsorge von geringfügig Beschäftigten und Selbstständigen entgegen, erklärte er. Die Geschichte der Rentenversicherung zeige, so Bauer, dass die kontinuierliche Ausweitung des Versichertenkreises immer notwendig gewesen sei, um die Betroffenen vor Altersarmut zu schützen. Mit der Einbeziehung der Selbstständigen allein werde man ihrem Schutzbedürfnis allerdings nicht gerecht. „Wenn wir die Selbstständigen in die Rentenversicherung einbeziehen, um sie vor Altersarmut zu schützen, muss die Rentenversicherung diesen Schutz auch gewährleisten“, sagte Bauer. Nach den vielen Rentenkürzungen der letzten Jahre werde das in Zukunft immer weniger der Fall sein. Daher sei eine Diskussion um eine Erwerbstätigenversicherung nicht ohne Blick auf das Leistungs-

niveau der Rentenversicherung zu führen. Der SoVD habe mit seinen zehn Forderungen zur Verhinderung von Altersarmut zwei Vorschläge gemacht, mit denen geringverdienende Versicherte so gestellt werden sollten, dass sich für sie Beiträge zur Rentenversicherung wieder lohnen würden: zum einen durch eine Mindestversicherung in der Rentenversicherung für langjährig Versicherte und zum anderen durch einen Freibetrag für Renteneinkünfte in der Grundsicherung.

Zum Ende seines Vortrages warb Bauer aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Nachhaltigkeit für eine langfristige Einbeziehung aller Erwerbstätigen, also auch der Beamten und Politiker, in die Rentenversicherung. Dies wäre „ein entscheidender Schritt, um die Akzeptanz und das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig zu stärken“.

Bundesgeschäftsführer in Ruhestand verabschiedet

Bundesgeschäftsführer Alexander Schilg ist Ende Dezember offiziell in den Ruhestand gegangen. Im Rahmen einer Feierstunde im Berliner Hans-Fiedler-Haus wünschten ihm SoVD-Präsident Adolf Bauer, die neue Bundesgeschäftsführerin Rigmor Stüssel, Betriebsratsvorsitzender Uwe Seewald und die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle alles Gute.

Uwe Seewald hielt einen Rückblick auf die Zeiten, in denen Alexander Schilg die Geschäftsstelle leitete. Stellvertretend für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und die Mitglieder des SoVD-Gesamtbetriebsrates dankte er Schilg für die gute Arbeitsatmosphäre, die dieser im Lauf der Jahre in der Bundesgeschäftsstelle geschaffen hat. SoVD-Präsident Adolf Bauer fand anerkennende Worte für die jahrelange, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem scheidenden Bundesgeschäftsführer, er bedankte sich bei Schilgs Frau für deren ehrenamtliche Arbeit im Orts- und Kreisverband. Sie habe dafür gesorgt, dass ihrem Mann nie der Kontakt zur Basis verloren gegangen sei. Bauer wünschte zu dieser Gelegenheit Schilgs Nachfolgerin Rigmor Stüssel „eine glückliche Hand“ bei ihrer neuen Tätigkeit.

Schilg selbst bezeichnete seine Zeit beim SoVD, er war hier fast 16 Jahre Geschäftsführer, als eine schöne Zeit. Anerkennend bemerkte er, dass im SoVD viele Dinge nur deshalb erreicht worden seien, weil alle ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter, zusammengearbeitet hätten.



Foto: Schlemmer

Mit einem freundschaftlichen Händedruck verabschiedete SoVD-Präsident Adolf Bauer (li.) Alexander Schilg in den Ruhestand.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Bildung und Arbeit im Mittelpunkt

Die Veranstaltung des Deutschen Behindertenrates (DBR) zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2007 fand unter dem Titel „Gleichstellung – Teilhabe – Inklusion – Berufliche Bildung“ in Berlin statt. Turnusgemäß ging der DBR-Vorsitz für ein Jahr von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) an den Sozialverband VdK Deutschland.

Der DBR widmete sich vorrangig den Themen Bildung und Arbeit. In zwei Podiumsdiskussionen am Vormittag ging es um die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen und deren Ratifizierung in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die UN-Konvention fordert für den Bereich Bildung gleiche Chancen als Menschenrecht ein. Weitere Schwerpunkte der Diskussion waren die nationale und internationale Behindertenpolitik sowie die Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie. Teilnehmer waren unter anderem Erika Huxhold (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Horst Frehe (Vorsitzender des DBR-Sprecherrates, ISL). Für den SoVD nahm Referentin Sabine Häfner teil und berichtete über die Bedeutung des „Übereinkommens der Verein-



Foto: Schlemmer

Talkrunde zur UN-Konvention und Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie: Für den SoVD nahm Referentin Sabine Häfner (2. von re.) teil.

ten Nationen über die der Rechte behinderter Menschen“ für behinderte Frauen und Mädchen. Sie hob hervor, dass das Übereinkommen die erste Menschenrechtskonvention sei, die anerkennt, dass Männer und Frauen ihre Menschenrechte nicht immer gleichberechtigt in Anspruch nehmen können. Für behinderte Frauen und Mädchen sei es deshalb besonders bedeutsam, dass Staaten, die sich an die Konvention binden, sich auch verpflichten, die mehrfa-

che Diskriminierung behinderter Frauen und Mädchen zu bekämpfen. Darüber hinaus müssten behinderte Frauen nach dem Willen der Konvention besonders gefördert und vor allem vor Gewalt umfänglich geschützt werden. Am Nachmittag stand der Begriff der inklusiven Bildung im Vordergrund. Damit ist die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Behinderungen gemeint. Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, prangerte an, dass Deutschland im internationalen Vergleich Schlusslicht bei der integrativen Bildung sei. Sie forderte „eine Schule für alle“.

Mit der Übergabe des Staffelstabes an VdK-Präsident Walter Hirrlinger, der 2008 die Geschäfte des DBR führen wird, endete die Veranstaltung.

che Diskriminierung behinderter Frauen und Mädchen zu bekämpfen. Darüber hinaus müssten behinderte Frauen nach dem Willen der Konvention besonders gefördert und vor allem vor Gewalt umfänglich geschützt werden. Am Nachmittag stand der Begriff der inklusiven Bildung im Vordergrund. Damit ist die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Behinderungen gemeint. Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, prangerte an, dass Deutschland im internationalen Vergleich Schlusslicht bei der integrativen Bildung sei. Sie forderte „eine Schule für alle“.

Altersvorsorge

Wer für eine private Zusatzrente spart, kann 2008 höhere staatliche Prämien und stärkere steuerliche Entlastungen verbuchen.

Riester-Rente

Die Grundzulage für Riester-Verträge erhöht sich 2008 von 114 auf 154 Euro pro Jahr, bei der Kinderzulage gibt's eine Erhöhung von derzeit 138 Euro auf dann 185 Euro je kindergeldberechtigtem Nachwuchs. Voraussetzung für die volle Förderung ist, dass inklusive aller Zulagen 4 Prozent des Bruttoeinkommens aus 2007 in die Riester-Verträge fließen.

Um die Altersversorgung junger Familien zu fördern, wird die Kinderzulage für Neugeborene ab 2008 auf sogar 300 Euro erhöht. Alternativ gewährt der Staat einen Sonderausgabenabzug für geleistete Beiträge: Der abzugsfähige Höchstbetrag steigt 2008 auf bis zu 2100 Euro im Jahr. Übersteigt der Steuervorteil die staatlichen Zulagen, schreibt das Finanzamt die Differenz gut.

Betriebliche Altersvorsorge

Wer über seinen Arbeitgeber in eine Unterstützungskasse oder aber eine Direktzusage einzahlt, kann einen unbegrenzten hohen Betrag steuerfrei einzahlen. Beträge, die in eine Direktversicherung, Pensionskasse oder in einen Pensionsfonds fließen, bleiben bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze steuerfrei. Zudem müssen auf diesen Betrag keine Sozialabgaben gezahlt werden. Die Bemessungsgrenze wird 2008 von 63.000 auf 63.300 Euro angehoben, sodass statt bisher 2530 nun 2544 Euro steuer- und sozialabgabenfrei eingezahlt werden können.

Gesundheit

Die nächsten Schritte der Gesundheitsreform sind für Januar, Juli und November 2008 geplant. Änderungen ergeben sich jedoch auch durch die bereits umgesetzten Maßnahmen

und die ab 2009 geltenden Regelungen.

Früherkennung und Vorsorge

Die Krankenkassen wurden verpflichtet, ihre Versicherten zu Beginn eines Kalenderjahres – erstmals zum 1. Januar 2008 – auf empfohlene Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen hinzuweisen.

Neu in den Leistungskatalog aufgenommen wurde u.a.: das Hautkrebs-Screening. Ab Juli 2008 müssen die gesetzlichen Krankenkassen für Versicherte ab 35 Jahren nach Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses alle zwei Jahre einen Hautkrebs-Screening bezahlen. Diese weitere Früherkennungsmaßnahme muss jedoch noch vom Bundesministerium für Gesundheit geprüft werden.

Chronikerregelung

Zum 1. Januar 2008 wird die zurzeit geltende Ein-Prozent-Regelung bei den Zuzahlungen präzisiert. Wer bereits chronisch krank ist, muss bislang ein Prozent seines Jahreshaushaltsbruttoeinkommens an Zuzahlungen leisten. Chronisch Kranke sollen diese Entlastung aber künftig nur erhalten, wenn sie sich „therapiegerecht“ verhalten. Was das genau bedeutet, wird noch festgelegt. So kann die ermäßigte Zuzahlung zum Beispiel davon abhängig gemacht werden, dass jemand an einem Chronikerprogramm seiner Kasse teilnimmt. Sonst zahlt er auch wie allen anderen Versicherten zwei Prozent des Einkommens als Zuzahlung.

Zudem müssen sich die Versicherten einmalig über die Vor- und Nach-

teile der Früherkennungsuntersuchungen von Brust-, Darm- und Gebärmutterhalskrebs beraten lassen. Nur dann profitieren sie künftig von der reduzierten Belastungsgrenze in Höhe von einem Prozent, falls sie chronisch krank werden. Das gilt für alle Versicherten, die seit April 2007 erstmals diese Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch nehmen konnten.

Pflicht zur Versicherung für alle

Seit dem 1. April 2007 gilt eine Versicherungspflicht/Versicherungsschutz in der gesetzlichen Krankenversicherung. Ab dem 1. Januar 2009 wird diese Pflicht zur Versicherung für alle gelten – also auch für die der privaten Krankenversicherung zuzuordnenden Personengruppen (z.B. Selbstständige). Es ist daher ratsam, sich bereits im Laufe des Jahres 2008 um den Krankenversicherungsschutz zu kümmern.

Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung

Bisher legen die rund 250 Krankenkassen ihre prozentualen Beiträge jeweils selbst fest. Künftig beschließt die Bundesregierung – erstmals bis Ende November 2008 – wie viel Prozent vom beitragspflichtigen Einkommen alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab 2009 zu zahlen haben.

Gesundheitskarte

Ab April 2008 soll die bisherige Krankenversichertenkarte schrittweise durch die elektronische Gesundheitskarte (eGK) ersetzt werden. Sie ist mit dem Bild und der Adresse des Versicherten ausgestattet. Auf der eGK sollen alle Daten

des Versicherten enthalten sein, die zur Ausgabe eines elektronischen Rezepts erforderlich sind.

Weitere freiwillige Anwendungen für Patienten, wie zum Beispiel Notfallinformationen wie etwa Blutgruppe, Allergien oder chronische Erkrankungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt folgen. Denn damit Krankenkassen, Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser diese Anwendungen nutzen können, müssen sie erst untereinander vernetzt und mit entsprechenden Lesegeräten ausgestattet werden.

Pflege

Beitragsatz Pflegeversicherung

Der Pflegebeitragsatz wird zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte von 1,7 auf 1,95 Prozent, für Kinderlose von 1,95 auf 2,20 Prozent erhöht. Er wird zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen (Ausnahme: Sachsen-Anhalt, hier werden nur die Arbeitnehmer damit belastet).

Reform der Pflegeversicherung

Voraussichtlich im Juli 2008 wird die vom Bundeskabinett beschlossene Reform der Pflegeversicherung in Kraft treten. Damit werden sich einige der Leistungen erhöhen. Die Umsetzung etwa von Pflegestützpunkten und der Pflegezeit wird momentan noch kontrovers diskutiert.

Kernpunkte der Reform: Die Reform der Pflegeversicherung zielt vor allem darauf ab, die ambulante Versorgung zu stärken. Deshalb gibt es die meisten Veränderungen auch in diesem Kontext.

BSG-Urteile zu ALG II

Das Bundessozialgericht (BSG) hat im Dezember 2007 einige wichtige Entscheidungen aus dem Bereich Hartz IV gefällt. So hat der 14. Senat des BSG klargestellt, dass ein von der Bundesagentur für Arbeit gewährter Existenzgründungszuschuss als Einkommen zu berücksichtigen ist. Es handelt sich hierbei nicht um eine zweckbestimmte Einnahme, die einem anderen Zweck dient als die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und die deshalb gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 1a SGB II bei der Ermittlung des Einkommens im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende unberücksichtigt bleibt. Es sei vor allem nicht zu erkennen, dass der Existenzgründungszuschuss vorrangig der Anschaffung und dem Unterhalt von Betriebsmitteln dienen soll (Urteil vom 6. Dezember 2007 – AZ: B 14/7b AS 16/06 R).

In einem weiteren Verfahren hat der 14. Senat entschieden, dass Grundeigentum, das in absehbarer Zeit nicht verwertet werden kann und dessen Verwertbarkeit nicht vom Willen des Vermögensinhabers abhängt, nicht als berücksichtigungsfähiges Vermögen im Sinne des SGB II anzusehen ist. Im konkreten Rechtsstreit hatte der zuständige Grundsicherungsträger dem Kläger Arbeitslosengeld II als Zuschuss mit der Begründung verweigert, dieser könne (später) sein Haus verwerten, auch wenn dieses mit einem lebenslangen Nießbrauchrecht zugunsten seiner Mutter belastet ist. Aufgrund der Entscheidung des Bundessozialgerichts kann der Kläger nunmehr doch einen Zuschuss und nicht nur ein entsprechendes Darlehen verlangen (Urteil vom 6. Dezember 2007 – B 14/7b AS 46/06 R).

In einem weiteren Verfahren hat der 14. Senat die Rechtsprechung des 11b. Senats (Urteil vom 5. September 2007 – AZ: B 11b AS 15/06 R) bestätigt, wonach es verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist, dass bei der Ermittlung der Höhe der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II eine Verletztenrente in voller Höhe als Einkommen zu berücksichtigen ist (Urteil vom 6. Dezember 2007 – AZ: B 14/7b AS 54/06 R). Dieser hatte klargestellt, dass vor allem keine der in § 11 Abs. 3 SGB II geregelten Ausnahmen von der Einkommensberücksichtigung greife. Es handele sich bei der Verletztenrente nicht um eine zweckbestimmte Einnahme, die einem anderen Zweck dient als die Leistungen nach dem SGB II tun. Denn die Verletztenrente soll ungeachtet ihrer unterschiedlichen Funktionen als Lohnersatz den Lebensunterhalt des Versicherten sicherstellen.

Die Urteile liegen noch nicht in ihrer schriftlichen Ausfertigung vor, sodass die genauen Entscheidungsgründe derzeit noch unbekannt sind. hb

Altersvorsorge, Gesundheit, Pflege

Wichtige Änderungen im Jahr 2008

Ob gesetzliche Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung – ab dem 1. Januar gibt es einige Änderungen, die sich unmittelbar auf das Einkommen der Bürgerinnen und Bürger auswirken werden. Nachfolgend die wichtigsten Änderungen:

- Finanzielle Leistungen: Die Leistungen für Pflegegeld und Pflegeleistungen werden ab Juli 2008 bis Januar 2012 in drei Schritten angehoben.

- Vereinfachte Abrechnung für ambulante Wohngemeinschaften: Ambulant betreute Wohnformen und Wohngemeinschaften, in denen Pflegebedürftige zusammenleben, haben es zukünftig bei der Abrechnung von Pflegeleistungen leichter. Sie können zum Beispiel Betreuungsleistungen gemeinsam nutzen. So kann eine Senioren-Wohngemeinschaft alle Pflegesachleistungen zusammenlegen und sich gemeinsam die Pflege finanzieren.

- Wohnortnahe Beratungsstrukturen: Jedes Stadtviertel soll einen Pflegestützpunkt erhalten. Sogenannte Fallmanager sollen sich gezielt um die Unterstützung des Einzelnen und seiner Angehörigen kümmern.

- Pflegezeit: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit mindestens 15 Beschäftigten, die Angehörige pflegen, sollen eine bis zu sechsmonatige unbezahlte Freistellung von der Arbeit mit anschließender Rückkehrmöglichkeit in Anspruch nehmen können. Die Beschäftigten sollen während dieser Zeit sozial abgesichert sein. Daneben soll es in akuten Fällen bis zu zehn Tagen unbezahlten Pflegeurlaub geben.

- Pflegequalität: Krankenkassen und Pflegeeinrichtungen sind ab 2008 verpflichtet, verbindliche Standards für die Pflegequalität zu vereinbaren. Alle drei Jahre wird eine Qualitätsprüfung der Pflegeeinrichtungen stattfinden. Die Prüfberichte müssen in einer verständlichen Sprache erscheinen, damit für Bürgerinnen und Bürger erkennbar ist, wie es um die Qualität der Pflegeeinrichtung bestellt ist.

Quelle: Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen

Apotheker Dr. Robert Schmidt rät

Husten mit natürlichen Mitteln bekämpfen!

Viele Menschen stehen Silvester auf Balkon oder Terrasse und stoßen mit Verwandten und Bekannten auf das neue Jahr an. Sie bewundern das Feuerwerk – oft ein bisschen zu lange: Das neue Jahr fängt mit einer Erkältung an.



Eine Erkältung beginnt mit laufender Nase und Gliederschmerzen. Ab dem fünften Tag nach der Infektion kommt ein trockener Hustenreiz dazu, der nach weiteren drei Tagen schleimig wird und festsitzt. Der Abbau des Sekretes dauert dann noch ca. fünf Tage, und nach 14 Tagen ist die Erkältung überstanden.

Der Erkältungshusten quält viele Patienten besonders. Der anfängliche Reizhusten verhindert häufig das Schlafen. Hier empfehle ich Mittel zum Unterdrücken des Reizes. Chemische Substanzen hemmen den Hustenreflex zentral und sind nur zur kurzen Anwendung geeignet. Pflanzliche Präparate wirken indirekt. Sie bedecken die sensiblen Nerven der Atemwege mit einem Schleimfilm und können länger angewendet werden. Bewährt haben sich Eibisch, Spitzwegerich und Isländisch Moos.

Kombinieren lassen sich diese Mittel mit entkrampfenden und entzündungshemmenden Kräutern. Dazu zählen Efeu, Primel und Thymian. Diese werden gut vertragen und sind deshalb auch für Kinder geeignet.

Häufig sprechen mich Mütter auf den in den Zubereitungen enthaltenen Alkohol an. Dieser Alkohol hat zwei Aufgaben, er dient der Lösungsvermittlung und Konservierung der Lösungen. Die Dosis ist meist sehr gering, und auch Apfel- oder Orangensaft enthalten herstellungsbedingt Alkohol. Ein Glas Apfelsaft enthält z. B. 1 Gramm Alkohol. So gesehen, denke ich, ist die Einnahme von Arzeneisäften auch für Kinder problemlos.

Es gibt auch Präparate, die ohne Zucker und Alkohol auskommen. Deshalb besprechen Sie mit Ihrem Apotheker Ihre Erkältungsbeschwerden, damit dieser für Sie geeignete Präparate aussuchen kann oder Sie, bei langen und starken Beschwerden, an einen Arzt verweist.

Ich wünsche Ihnen ein schönes neues Jahr, und bleiben Sie gesund!

Toilette	zweiter dt. Bundespräsident	englisch: alt	Ski-Torlauf	wirklich, tatsächlich	ital.: Zug	Buschmesser	Lehre vom Körperbau	Abk.: New Hampshire	westkanad. Provinz	Ausflug, Wanderung	liebevoller Bezeichnung	Land im Wasser	weidm.: frisch gefall. Schnee																																																																																																																																																																							
Kurzform von Ulrike				gemein, böse							Fuge, Falz		Fett von Meeresäußern																																																																																																																																																																							
Tretkurbel		Rhein-Zufluss bei Bingen	stimmungsvolles Unterstützen	Anteilschein		mod. polit. Begriff		reiuiger Sünder			Gewebeart		erste Mondlandefähre																																																																																																																																																																							
Niedererschlag beim Boxen				den Tatsachen entsprechen	abwertend: kleiner Ort			engl.: Haltestelle		behaglich ausgestreckt ausruhen			erste Mondlandefähre																																																																																																																																																																							
Sportmannschaft	unechte Schmucksteine		eingelegerter junger Hering					Segelausrüstung					niederländ.: eins																																																																																																																																																																							
Religionsgemeinschaft					anderer Name der Viper			Romanfigur b. Beecher-Stowe	Hackfrucht		Fluss zum Pregel																																																																																																																																																																									
Fröhlichkeit	Fluss zur Unterelbe	kleiner, lichter Wald		ehem. dt. Provinz																																																																																																																																																																																
bayer. Künstleram. b. 1750				ugs.: Tauende			Stadt im Etschtal	dt. Farbfernsehsystem (Abk.)		nichts anderes	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS																																																																																																																																																																									
ugs.: Dummkopf								arab.: Väter			<table border="1"> <tr><td>T</td><td>U</td><td>S</td><td>D</td><td>A</td><td>U</td><td>E</td><td>R</td><td>B</td><td>E</td><td>R</td><td>G</td><td>M</td><td>S</td></tr> <tr><td>A</td><td>U</td><td>N</td><td>Z</td><td>E</td><td>I</td><td>T</td><td>T</td><td>A</td><td>F</td><td>E</td><td>L</td><td>W</td><td>E</td><td>I</td><td>N</td><td>L</td></tr> <tr><td>K</td><td>I</td><td>M</td><td>M</td><td>I</td><td>E</td><td>M</td><td>A</td><td>S</td><td>A</td><td>N</td><td>O</td><td>L</td><td>I</td><td>E</td><td>D</td><td></td></tr> <tr><td>M</td><td>A</td><td>T</td><td>E</td><td>T</td><td>E</td><td>E</td><td>T</td><td>H</td><td>E</td><td>N</td><td>O</td><td>S</td><td>A</td><td>R</td><td>I</td><td>E</td></tr> <tr><td>S</td><td>E</td><td>L</td><td>A</td><td>M</td><td>G</td><td>G</td><td>E</td><td>T</td><td>C</td><td>H</td><td>E</td><td>N</td><td>D</td><td>E</td><td>R</td><td></td></tr> <tr><td>S</td><td>T</td><td>E</td><td>N</td><td>D</td><td>A</td><td>L</td><td>K</td><td>L</td><td>E</td><td>I</td><td>E</td><td>G</td><td>E</td><td>R</td><td>M</td><td></td></tr> <tr><td>U</td><td>A</td><td>L</td><td>K</td><td>L</td><td>E</td><td>I</td><td>E</td><td>G</td><td>E</td><td>R</td><td>M</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>T</td><td>O</td><td>N</td><td>N</td><td>A</td><td>G</td><td>E</td><td>S</td><td>E</td><td>R</td><td>I</td><td>E</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>D</td><td>E</td><td>F</td><td>T</td><td>I</td><td>G</td><td>S</td><td>E</td><td>R</td><td>I</td><td>E</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>R</td><td>E</td><td>L</td><td>A</td><td>I</td><td>S</td><td>O</td><td>E</td><td>L</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table>			T	U	S	D	A	U	E	R	B	E	R	G	M	S	A	U	N	Z	E	I	T	T	A	F	E	L	W	E	I	N	L	K	I	M	M	I	E	M	A	S	A	N	O	L	I	E	D		M	A	T	E	T	E	E	T	H	E	N	O	S	A	R	I	E	S	E	L	A	M	G	G	E	T	C	H	E	N	D	E	R		S	T	E	N	D	A	L	K	L	E	I	E	G	E	R	M		U	A	L	K	L	E	I	E	G	E	R	M						T	O	N	N	A	G	E	S	E	R	I	E						D	E	F	T	I	G	S	E	R	I	E							R	E	L	A	I	S	O	E	L								
T	U	S	D	A	U	E	R	B	E	R	G	M	S																																																																																																																																																																							
A	U	N	Z	E	I	T	T	A	F	E	L	W	E	I	N	L																																																																																																																																																																				
K	I	M	M	I	E	M	A	S	A	N	O	L	I	E	D																																																																																																																																																																					
M	A	T	E	T	E	E	T	H	E	N	O	S	A	R	I	E																																																																																																																																																																				
S	E	L	A	M	G	G	E	T	C	H	E	N	D	E	R																																																																																																																																																																					
S	T	E	N	D	A	L	K	L	E	I	E	G	E	R	M																																																																																																																																																																					
U	A	L	K	L	E	I	E	G	E	R	M																																																																																																																																																																									
T	O	N	N	A	G	E	S	E	R	I	E																																																																																																																																																																									
D	E	F	T	I	G	S	E	R	I	E																																																																																																																																																																										
R	E	L	A	I	S	O	E	L																																																																																																																																																																												
Almhirt				Verkehrsteilnehmer																																																																																																																																																																																

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
 Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

2						5	7	4
	○		6		3			
8				2	5			9
9	4	2		○				8
1		7		3		9		5
	8					2	6	7
	9		4	5				8
			8		1		○	
6	5	8						2

Auflösung des Vormonats

4	3	1	9	7	5	2	6	8
2	8	9	6	3	1	4	5	7
5	6	7	2	4	8	9	1	3
1	4	5	8	2	3	7	9	6
9	2	8	1	6	7	5	3	4
3	7	6	5	9	4	1	8	2
8	1	2	4	5	6	3	7	9
7	5	4	3	8	9	6	2	1
6	9	3	7	1	2	8	4	5

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Variante: MITTEL

2	8					5	9	
1			4		8			
6	3					8	○	
3			2			1		
	○		5	9	1			
		1			4			2
		6					5	9
			1		7			6
	4	2		○			8	1

Auflösung des Vormonats

8	5	7	6	1	3	4	9	2
1	9	6	4	2	7	3	8	5
2	3	4	8	5	9	7	1	6
6	2	3	1	9	8	5	7	4
9	4	1	7	6	5	2	3	8
5	7	8	2	3	4	1	6	9
7	1	9	5	4	6	8	2	3
4	6	2	3	8	1	9	5	7
3	8	5	9	7	2	6	4	1

Um eines von 3 Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Die Gewinner / -innen vom Dezember

Kreuzworträtsel

Isolde Fetzer, 37520 Osterode; Gerhard und Gabriele Walter, 59425 Unna; Siegfried Abt, 49205 Hasbergen.

Rolandsuche

Alfred Feierabend, 44649 Herne; Leonie Nüsken, 59071 Hamm; Berndt Müller-Reidys, 38173 Sickinge; Karin Nieden, 58454 Witten; Rolf Brehme, 06484 Quedlinburg.

Sudoku

Hans Gäbler, 96358 Reichenbach; Gisela Rzepa, 25946 Norddorf; Norbert Stübs, 45329 Essen.

Die Gewinner/-innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Bei Umzug oder Wechsel des Geldinstituts

Sollten Sie in eine neue Wohnung ziehen, vergessen Sie bitte nicht, die neue Adresse Ihrem Ortsverband mitzuteilen.

Falls Sie unabhängig davon Ihre Bank oder Sparkasse wechseln, gilt es auch hier etwas zu beachten: Aktualisieren Sie bitte rechtzeitig die beim Sozialverband Deutschland hinterlegte Einzugsermächtigung. Nur so können Ihre Mitgliedsbeiträge weiterhin abgebucht werden. Eine veraltete Kontoverbindung oder auch eine aus Versehen falsch eingetragene Kontonummer verursacht einen erheblichen Verwaltungs- und Kostenaufwand. Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

Ingeborg Saffe, Bundesschatzmeisterin

Die Frage des Monats Januar

Die Frage des Monats Dezember lautete: „Verschiedene Supermärkte wollen die ganze Nacht über öffnen. Finden Sie das gut?“ Bis Redaktionsschluss haben 122 Personen ihre Stimme abgegeben. Davon haben 28 Prozent mit „Ja“ gestimmt. 72 Prozent haben mit „Nein“ geantwortet.

Für den Januar möchten wir gerne Folgendes von Ihnen wissen: Sind Sie mit guten Vorsätzen in das neue Jahr gestartet? Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage (www.sovd.de). Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren bzw. Ihre abgegebene Meinung zu ergänzen. Die Redaktion wertet alle eingehenden Antworten aus und bemüht sich, diese – ggf. gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung im Internet oder in der SoVD-Zeitung besteht jedoch nicht.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet: <http://www.sozialverband.de>; Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: contact@sovd.de

Impressum
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Matthias Sommer (verantwortlich), Dr. Simone Real, Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer. Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030/72 62 22-0, Fax: 030/72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Str. 168, 34121 Kassel. – Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 0 47 92/ 22 16, Fax: 0 47 92/35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. – Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel – Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Verbreitete Auflage, IVW, 3. Quartal 2007: 400 310 Exemplare

Großer Andrang im SoVD-Berufsbildungswerk Bremen

Tag der offenen Tür gut besucht

Annähernd 700 Besucher waren der Einladung des SoVD-Berufsbildungswerkes Bremen zum Tag der offenen Tür gefolgt. So erkundigte sich eine Familie aus Wilhelmshaven nach Ausbildungsmöglichkeiten für ihren Sohn, während die Gäste aus der Nachbarschaft den Tag nutzten, um Köstlichkeiten aus der Hauswirtschaft oder erste Weihnachtsartikel zu kaufen.

Während im Restaurant und in der Mensa die Besuchernachfreien Tischen suchten, bildeten sich in den Werkstätten Menschentrauben um Auszubildende. Stolz präsentierten diese ihre Arbeit und beantworteten Fragen zum Ausbildungsangebot.



SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz und Geschäftsführer Gerd Meyer-Rockstedt im Gespräch in der Raumausstatte Werkstatt.

Informationen über die berufliche Rehabilitation boten Führungen und Darstellungen auf Stellwänden.

Eine Beraterin der Arbeitsagentur Bremen beantwortete Ratsuchenden Fragen zur Kostenübernahme.

Als Ehrengäste konnten die SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz und die Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saft begrüßt werden. Beim Rundgang mit Geschäftsführer Gerd Meyer-Rockstedt zeigten sie beson-

deres Interesse an den Belangen der Auszubildenden und an der Weiterentwicklung der Rehaeinrichtung.

Insgesamt 480 junge Menschen sind zurzeit im Berufsbildungswerk. Durch die Arbeitsagenturen oder andere Kostenträger haben sie die Chance erhalten, eine Ausbildung zu absolvieren oder an einer vorbe-

ruflichen Maßnahme teilzunehmen. Einzelne Bereiche, wie die Zahntechnikerausbildung, haben noch freie Kapazitäten.

An diesem Tag der offenen Tür wurde ein Schwerpunkt der Informationen auf die erfolgreiche Kooperation mit Betrieben in den Ausbildungen als Fachlagerist und Verkäufer gelegt. Bereits seit zwei Jahren beteiligt sich das

Berufsbildungswerk an dem Projekt „verzahnte Ausbildung mit Berufsbildungswerken“. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke und die METRO Group wurden am 9. Oktober dieses Jahres mit dem Initiativpreis Aus- und Weiterbildung der Otto-Wolff-Stiftung für dieses Projekt ausgezeichnet.

Die Bundesschatzmeisterin informiert

Vorsicht vor Trickdieben

Trickbetrüger suchen sich als Opfer leider vorwiegend ältere Menschen aus. Grund genug, immer wieder vor diesen Schwindeleien zu warnen. „Lassen Sie keinen Fremden in Ihre Wohnung“ ist ein bewährter Grundsatz. Um diesen außer Kraft zu setzen, lassen sich die Betrüger schon etwas einfallen. Hier sind einige ihrer Maschen:

• **Der Zettel- oder Glas-Wasser-Trick:** An Ihrer Tür bittet Sie eine fremde Person wegen Übelkeit um ein Glas Wasser. Alternativ wird auch nach einem Zettel und einem Stift gefragt (etwa weil man jemandem eine Nachricht hinterlassen will).

• **Der Falschgeld-Trick:** Sie kommen mit Ihren Einkäufen nach Hause und werden im Treppenhaus von einem angeblichen Polizisten angesprochen, der Ihnen erklärt, Sie hätten mit Falschgeld bezahlt. Aus diesem Grund müsse er Ihr gesamtes Bargeld überprüfen und gegebenenfalls mitnehmen. Falsch ist jedoch weniger das Geld als vielmehr der Beamte selbst.

• **Der Enkel-Trick:** Am Telefon meldet sich Ihr Enkel oder ein sonstiger Verwandter, von dem Sie schon länger nichts mehr gehört haben. Dieser sei gerade in Geldnot und bittet Sie um Hilfe. Da er nicht selbst kommen könne, würde er einen Freund vorbeischieken. Das Resultat ist, dass bei Ihnen vor der Tür eine fremde Person steht, die mit ziemlicher Sicherheit auch Ihrem Enkel unbekannt sein dürfte.

Öffnen Sie daher Ihre Tür – wenn überhaupt – zunächst mit vorgehängter Sperrkette. Überprüfen Sie die Angaben Ihres Besuchers, bevor Sie diesen möglicherweise in die Wohnung lassen. Wenn es sich wirklich um einen Freund Ihres Enkels oder einen Polizisten handelt, wird dieser Sie für Ihre Vorsicht loben. Reagiert er unwirsch, verriegeln Sie die Tür und rufen Sie nötigenfalls Hilfe herbei.

Gute Nachricht aus dem Bundesfinanzministerium: Auf mein Schreiben zur Anerkennung des Freibetrages für das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiter des SoVD erhielt ich die Antwort, dass sich an dem begünstigten Personenkreis nichts geändert hat. Wer also von den SoVD-Mitgliedern die gesetzlichen Anforderungen erfüllt, kann auch weiterhin die Steuerbefreiung in Anspruch nehmen.

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen

An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank/Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro incl. 19% MwSt.

3 Zeilen = 17,85 Euro incl. 19% MwSt.

4 Zeilen = 23,80 Euro incl. 19% MwSt.

5 Zeilen = 29,75 Euro incl. 19% MwSt.
je weitere Zeile = 5,95 Euro incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

Ehepaar 70 u. 71 Jahre sehr verträglich, wünschen sich lieben Mitbewohner/in als Alternative zum Heim. 100% Familienanschluß, wenn gewünscht und alles inklusive. 500,- € Bedingung: Eine Treppe, Nichtraucher/in **Chiffre 2011**

Männer über 50

...die wissen, was sie in der Partnerschaft wollen, nehmen **Eumel-Bull-Kraft NE Dragees** mit Rinderhodonenextrakt u. Potenzholz 1 Pckg. € 28,00 inkl. Versandk. zahlbar innerhalb 14 Tagen

Otto Blocherer · Abt. N 14
Friedensstraße 4 · 86391 Stadtbergen

www.libri.de, Kriminalroman
Für immer verloren 8,90 €
Karin Hackbart

Treppenlifte

Jetzt anrufen: **Qualität neu und gebraucht zu günstigen Preisen!**

Ihr regionaler Partner vor Ort.
Kostenloses Angebot + unverbindliche Beratung bei Ihnen zu Hause!
0180-3536371

a&p Treppenlifte GmbH
auch in: Hamburg · Schwerin
Bremen · Dortmund · Köln
Frankfurt · Stuttgart
www.treppenlift-discount.de

Elektrofahrrad „Scooter“ incl. 2 neue Akkus (400,- €) Preis: 1.000,- € VB
02 11/24 36 51 Mobil: 0177/23 67 452

WENN GEHEN SCHWERFÄLLT!

ORTHO-RUPP
Tel. (0631) 9 52 17
Walter-Kolb-Straße 24
67659 Kaiserslautern

Sonderfahrzeuge
auch für
2 Personen!
Kostenlose
Vorführung!



Prospekte anfordern! **Elektromobile! Ohne Führerschein! Sofort Losfahren!**

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- €
Anlieferung mögl. **0 51 08 / 92 54 96**

Ihr Bruch

Spranzband - 60
Ohne Feder, ohne Schenkelriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.

Ausschn. u. einbinden - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

PC-/Büro-Tätigkeit selbstständig
von zu Hause aus! **0 56 24 / 92 53 83**
Info unter: **www.reis.activejob24.info**

E-Rollstuhl, Power-tech F16,
in gutem Zustand von Privat zu verkaufen.
VB 2.000,- €
Infos unter: **0355/823181 - Abholung -**

Tandem Co-Pilot, sehr guter Zustand, 7-Gang
850,- € VB **04 21 / 67 14 53**

Elektromobile SCHOLZ

Mobilitätsprodukte

Treppenlifte, Badelifte und Elektromobile
Das Elektromobil für die kalte Jahreszeit mit Kabine



TÜV+CE geprüft
Mobil unterwegs...
...jetzt zugreifen

Finanzierung (Miete/Leasing) bei 25% Anzahlung ohne Altersbegrenzung möglich.
Stadtblick 14 · 38112 Braunschweig
www.elektromobile-scholz.de

Tel.-kosten. **0800-3273270** Gratisprospekt

LIFTE TREPPEN

ABEG TREPPENLIFTE GmbH

Kooperationspartner des **SoVD**
LV NRW (ehemals Reichsbund)
Beratung · Verkauf · Service
bundesweit

Lassen Sie sich **kostenfrei + unverbindlich ein Angebot unterbreiten**

0 800 / 399 80 30
0,0 Cent / Minute

www.abeg-treppenlift-gmbh.de

**IN RUHE GESUCHT,
DAS BESTE GEFUNDEN,
IN DER SoVD-ZEITUNG!**

Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung

U. Struckmeyer · Postfach 12 66 · D-27723 Worpswede
Tel.: 0 47 92 / 22 16 · Fax: 0 47 92 / 35 30
E-Mail: **u.struckmeyer@t-online.de**

Antworten auf
Chiffre-Anzeigen
unter Angabe der
Chiffre-Nr. an:

Anzeigen-Verwaltung
U. Struckmeyer
Postfach 12 66
27723 Worpswede

SoVD-Ortsverband Kirchrode zu Besuch im Kreisverband Görlitz

Mitglieder des SoVD-Ortsverbandes Kirchrode unter Leitung der 1. Vorsitzenden und Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe trafen sich im Kurort Oybin/Oberlausitz mit Mitgliedern des Kreisverbandes Görlitz unter Leitung von Gisela Gube. Es wurden interessante Gespräche geführt, unter anderem erläuterten Mitglieder des Ortsverbandes Kirchrode den Görlitzern, wie bei ihnen Vorstandsarbeit für die Mitglieder geleistet wird. Zum Abschluss des Nachmittages erklärte die Bundesschatzmeisterin, dass der SoVD-Ortsverband Kirchrode die Patenschaft für den Kreisverband Görlitz übernommen hat.



Mitglieder des Ortsverbandes Kirchrode (Niedersachsen) und des Kreisverbandes Görlitz (Sachsen) trafen sich zum Gedankenaustausch.

Fernsehtipp

Bildnis eines behinderten Mannes

In der Sendereihe „Aus anderer Sicht“ läuft der Film „Bildnis eines behinderten Mannes“ von Bernd Thomas am 4. Januar, um 14.15 Uhr, auf 3sat.

„Schaut mich an! Schau genau hin!“, scheint er zu sagen. Ausflüchte lässt er nicht gelten. Herausfordernd, wissend und distanziert zugleich ist sein Blick. Er schaut seinem Gegenüber schon seit 400 Jahren in die Augen. Obwohl seine „Nachbarn“ in der Kunst und Wunderkammer von Schloss Ambras in Tirol, die Haarmenschen oder Graf Zeppesch, das lebende Vorbild für Graf Dracula, schon lange weltberühmt sind, findet sich über ihn, den Mann mit der Behinderung auf einem großen Bildnis, das eigentlich niemand übersehen kann, keine einzige nennenswerte Erwähnung in der Literatur. Im Gegenteil. Noch in den 70er Jahren wurde das „Bildnis eines Krüppels“, wie es damals hieß, nicht öffentlich gezeigt, weil es – nach Meinung der damaligen Leitung – den Betrachtern nicht zugemutet werden könne. Was sagt der Blick des alten Mannes auf dem ungewöhnlichen Bild heute, wie hat er gelebt, welche Bedeutung spielt sein Bildnis in der Geschichte der Blicke auf behinderte Menschen? Und vor allem, wie wollen diese selbst gesehen werden? Ausgangspunkt für ein spannendes Forschungsprojekt mit ungewöhnlichen Methoden.

Die Sendereihe „Aus anderer Sicht“ macht deutlich, dass es den behinderten Menschen nicht gibt, sondern jeweils Individuen mit ganz unterschiedlichen Möglichkeiten.

Bayern / Bayerischer Wald

Hotel „Mariandl“
*** superior
„Zum Singenden Wirt Gastronomie“
Inhaber: Stefan Dieltl

Von Gästen zu einem der in Deutschland 10 beliebtesten Hotels gewählt.
Haben Sie mit Ihrer Gruppe schon für 2008 etwas geplant?
Ihre Ohren werden Augen machen.
DAS SCHÖNSTE, WAS DIE VOLKSMUSIK ZU BIETEN HAT

Auf DU & DU mit Stars der Volksmusik vom 2.1.2008 – 30.4.2008 (außer Ostern)
Mit dabei:
Die Zillertaler · Mary Roos · Geschwister Hofmann · Patrick Lindner
Sigrid + Marina · Die Ladiner und vieles mehr...

7 TAGE	Halbpension	€ 279,00
Ostern 6 Tage	Halbpension	€ 237,00
Ab 01.04. – 30.04.2008	Halbpension	€ 39,00
01.05.2008 – 31.05.2008	Halbpension	€ 41,00
01.06.2008 – 30.09.2008	Halbpension	€ 42,50
01.10.2008 – 31.10.2008	Halbpension	€ 41,50

Einzelzim.-Zuschlag pro Tag € 6,00 Vollpensionszuschlag € 5,00

UNSERE LEISTUNGEN: ● Unterbringung in schönen freundlichen Zimmern mit DU/WC ● **Kostenlos** Benutzung unseres Hallenbades (32°) ● Saunagänge frei ● Solarium sowie Kegelbahn im Hause ● Medizinische Massage ● Kosmetik möglich ● Fahrer und Reiseleiter frei ● teilweise Lift ● Behindertentoilette ● Lokal im Parterre

FÜR DEN GAUMEN: ● Morgens erwartet Sie ein tolles Frühstücksbüffet ● Menüwahl ● Salatbüffet ● wöchentliches bayerisches Schlemmerbüffet ● Begrüßungstrunk ● Nachtschibbüffet

ZUR ABENDLICHEN UNTERHALTUNG TRAGEN BEI: ● Liederabend mit dem Singenden Wirt ● täglich Tanz- und Unterhaltungsabende mit unseren Hausmusikern ● Bayr. Brauchtumsabend ● Stefan's geführte Wanderung ● Fackelwanderung ● Modenschau

Wir würden uns freuen, wenn wir Sie als unsere Gäste in unserem Hause begrüßen könnten und verbleiben bis zu Ihrer geschätzten Nachricht

FAMILIE DIETL

Azoplatz 3 · 94353 Elisabethzell/Bayer. Wald
Tel. 09963/1057, 2990 · Fax: 09963/2448
www.singendewirt.de
E-mail: info@singendewirt.de

Fordern Sie doch Ihren Prospekt an! Sie werden begeistert sein.

Gasthof-Pension „Zum Bräu-Toni“ im romantischen Altmühltal

In dem gut geführten **Haus bieten wir eine gutbürgerliche Küche mit Menüwahl und einem reichhaltigem Frühstücksbüffet. Alle Gästezimmer 60 Betten sind mit Dusche/WC, Sat-TV ausgestattet. Doppelzimmer ist für Rollstuhlfahrer geeignet. Außerdem verfügt das Haus über einen Biergarten. Neben den vielfältigen Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten am Ort bietet sich der Besuch historischer Stätten wie Regensburg, Eichstätt oder gar München oder Nürnberg mit dem Bus oder dem Schiff an. **Gruppenreisen € 32,- HP/Person/Tag.** Reiseleiter und Busfahrer sind frei. Angebote/Prospekt anfordern:

Zum Bräu-Toni · Hauptstr. 4 · 92345 Diefurt · ☎ 0 84 64 / 60 51 00 · Fax 60 51 02
e-Mail: gasthof-pension-schneeberger@t-online.de. Internet: www.gasthofschneeberger.de

Angebot für Gruppenreisen 2008
Alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, SAT-TV, DZ mit Balkon. Hallenbad (30°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Sanarium, Solarium, Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse. Frühstücksbüffet, Menüwahl. Zentrale Lage für Ausflüge. Ab 25 Personen 7 Tage HP ab 257,- € 1 Freiplatz, ab 42 Personen 2 Freiplätze. Inklusiv Begrüßungsschnaps, Tanz- und Kegelabend.
Wellness- und Vitalhotel Binder · Freihofer Str. 6 · 94124 Büchlberg
Tel. 08505/90070 · FAX 900799
www.hotelbinder.de · e-mail: info@hotelbinder.de

LANDHOTEL CHRISTOPHERHOF
Wenn Sie Geselligkeit, Herzlichkeit und familiäre Atmosphäre lieben, dann sind Sie bei uns im richtigen Haus mit Prädikat **„Für Busgruppen sehr empfehlenswert“**

Gemütl. Zimmer, viele EZ u. behindertengerechte Zimmer DU/WC, Tel., Sat-TV, mit Balkon o. Terrasse. Restaurant mit Panorama-Wintergarten u. Cafeterrasse.

Lustige Musik- und Tanzabende mit dem Singenden Wirt
Vielfältige Programmvorschlüsse und fertig ausgearbeitete Pauschalangebote. Busparkplätze am Haus, Fahrer und Reiseleiter selbstverständlich frei!

Wo man singt, da lass dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder!

An alle Reiseleiter: Sie sind herzlich eingeladen, ein Schnupperwochenende bei uns zu verbringen, um die Gruppenreise organisieren zu können!

Wir freuen uns auf Sie im Landhotel Christopherhof
93479 Grafenwiesen · Tel. 09941 - 409-0 · Fax 409-169
www.christopherhof.de · e-mail: christopherhof@t-online.de

HP ab € 32,-

Süd-Schwarzwald - Schweizer Grenze Ferien in Waldshut Tiengen, nahe Schweiz, Frankreich und Italien, D/F ab 16,- €. Brehmer, Alemannenstr. 9, 79761 Waldshut-Tiengen 2, ☎ 077 41 / 32 36 Bahnstation

Rhein / Mosel

Nahetal, gemütl. FeWo, 66m², Terrasse und Loggia, 2-3 Personen ☎ 0 67 51 / 85 40 73

Junger Geist in historischem Gemäuer
Dir. a.d. Mosel, Menüwahl, Lift, Kegelbahn, 100 Betten, Fahrli.
Sparpr.: 5xHP192,50/3xHP135,-/Fr.-So.95,-/Grup.-Prosp.anf.
*** Deutscherhrehof ☎ (0 65 32) 935-0, Fax 935-199
54492 Zeltingen-Rachtig (www.Deutscherhrehof.de)

GRUPPEN- UND FAMILIENURLAUB
im romantischen Rhein-Lahn-Dreieck
70 Betten, m. DU/WC, Bundeskegelbahn
Hotel-Restaurant „BERGHOF“
56368 Berghausen-Katzeneinbogen
☎ 0 64 86 / 9 12 10
Prospekt anfordern. Komfortable FeWo.

Urlaub direkt an der Mosel
★ Schwimmbad & Panorama-Sauna ★ Lift ★
Fam. gef. Hotel bei Bernkastel-Kues (5 km) 90 B., Du/WC/TV, Moselterrasse, Liegewiese, Kegelbahn. Zentral gelegen für Wander-/Radtouren u. herrl. Ausflüge:
z.B. Trier (35 km), Luxemburg (60 km), Bernkastel-Kues, Idar-Oberstein.
Sparpreise ab: 5x HP 195 € - 7x HP 269 €
www.hotel-winzerverein.de
54492 Zeltingen/Mosel · Tel. 06532/2321 · Fax 1748

FeWo****, Mosel, b. Cochem, 4 Pers. ab 25,- €, z.T. behindertentf., Telefon und Sat-TV, Grill, Liegewiese, ideale Wandermöglichkeit, Bahnst. ☎ 0 65 42 / 24 98 · www.fewo-kroeger.de

Die Mosel erleben!
8 Tage buchen - 7 Tage zahlen
(Gruppenangebot ab 35 Personen)
8 Tage (7 Übern./F.büffet), HP (3-Gang-Menü) im Komfort-Hotel inkl. Abholung/Rückf. mit erfahreinem Busunternehmen im mod. Reisebus, Ausflüge: Trier/Luxemburg (mit Stadtführung), Bernkastel-Kues, Idar-Oberstein.
ab € 329,- p.P. - Bitte rufen Sie an!
Gerne machen wir Ihnen ein individ. Angebot!
Mittelmosel-Hotelgemeinschaft
Paulsstraße 113 · 54470 Lieser
Tel. (06531) 3833 · Fax 3027

Hotel St. Michael
54497 Morbach · ☎ (0 65 33) 95 96-0 · Fax 95 96-500
www.Hotel-St-Michael.de · info@Hotel-St-Michael.de
4-Sterne-Komfort zum 3-Sterne-Preis
im schönen Einkaufsörtchen Morbach im Hunsrück nahe am Herzen der Mittelmosel - Bernkastel 15 km
120 Betten in mod., neuen u. gr. Zimmern, ausreichend EZ, Lift, stilvolle Restaurants u. Aufenthaltsräume, Hausbar, Wintergarten, Kegelbahn, Sauna, Zentrale u. ruhige Ortslage.

Schwarzwald

Heilk. Kurort Höchenschwand südl. Hochschwarzwald. Winterferien im „Dorf am Himmel“ auf der Sonnenterrasse des Schwarzwaldes, herrliches Wandergebiet, Ausflüge Schweiz + Frankreich. Gemütl. FeWo's im Schwarzwaldhaus für 2-6 Pers., mit SAT-TV, Telefon, inkl. Parkplatz, ab 23,00 €
I. Brehmer · Alemannenstr. 9 · 79761 Waldshut-Tiengen · ☎ 077 41 / 32 36 · www.ferienhaus-brehmer.de

Frankenwald

SUPERANGEBOTE FÜR GRUPPENREISEN AUCH FÜR KLEINE GRUPPEN UND EINZELREISENDE
im Staatsbad Bad Steben. Hotel direkt am Kurpark. 5 Gehminuten zur Therme.
40 EZ, 12 DZ - Kein EZ-Zuschlag. Tägl. Livemusik. Viele Extras.
Auf Ihre Anfrage freut sich: Wirtin E. Gründel Wittig **Mitglied im SoVD**
Prospekt anfordern unter: Privat-Hotel-Promenade-95138 Bad Steben
Tel. 0 92 88 / 9 74 30-Fax: 0 92 88 / 9 74 34 05-www.hotel-promenade.de

Bayerische Rhön

Rehabilitations- & Präventionszentrum
Bad Bocklet (Bayerische Rhön)
Gesundheit genießen im Dreieck Bad Kissingen, Würzburg, Fulda

Unsere Präventionsprogramme:

gesund und vital mit 55+ Gesundheit ist keine Frage des Alters	1W. ÜNP	464,- €	Unsere Gesundheitsprogramme beinhalten für die genannten Preise alle Kosten für Vollpension/ EZ mindestens 12 individuell abgestimmte Therapien, sowie ein ärztliches Aufnahme- und Abschlussgespräch. Kreuzen Sie die für Sie interessanten Programme an und fordern Sie weitere Informationen an.
Richtig gut für Ihren Rücken ausgeklügeltes Rücken-fit-Programm	1W. ÜNP	485,- €	
Osteoporose? Nein Danke! Vorsorge und Linderung bei Osteoporose	1W. ÜNP	499,- €	
Heilfasten mit Molke & Bewegung Reinigung des Körpers von Schlacken und Schadstoffen	2W. ÜNP	905,- €	
Besser leben mit Diabetes Vorbeugung und Strategien bei Diabetes	1W. ÜNP	489,- €	
Hilfe bei Fibromyalgie spezielles Behandlungsprogramm bei Fibromyalgie	1W. ÜNP	478,- €	
AOK Gesundheitspräventionswoche mit der AOK erarbeitete Programme zu bestimmten Krankheitsbildern	1W. ÜNP	489,- €	

Frankenstr. 36
97708 Bad Bocklet
Tel.: 0 97 08-79 79 12
info@rehazentrum-bb.de
www.rehazentrum-bb.de

BITTE BERÜCKSICHTIGEN SIE DIE INSERENTEN UNSERER SoVD-ZEITUNG!

Bayern

Träumhafte Tage im bayer. Wald mit Ihrer Reisegruppe

Im Posthotel zwischen Donau u. Böhmerwald
Ein Familienbetrieb mit Tradition u. mod. Komfort
NEU! Wellnessangebote in unserem neuerb. Kosmetik- und Massagiestudio. Mit eig. Hallenbad, Wassergymnastik, Sauna, Fitness, Infrarot Kabine, Kegelbahnen, Lift, Tiefgarage, Weinkeller, Tanzbar. Bei HP Wahlmenü, eine erstkl. prämierte Küche, Frühstücksbüffet, Salatbüffet. Romant. Hofgarten mit südlichem Flair. Eine exclusive Tanzbar mit Musik v. Evergreens f. a. Junggebliebene.
Zentr. für Ausflugsfahrten n. Passau, Böhmen, Österreich u.v.m.
Das ideale komfortable Hotel für günstige Gruppenreisen.
Buchen Sie rechtzeitig für 2008. Ihre Familie Dafinger
94133 Röhrnbach. (Nähe Passau - 120 Betten - Hotel)
Wir freuen uns auf Ihren Anruf.
☎ 08582/8088 · Fax 808 600
www.romantik-posthotel.de

Franken

Bei Bamberg Mittl. Berge. eig. Metzg., Angeln, 7 Tage HP ab 169,- € ☎ 0 95 35 / 241

Thüringer Wald

SUPER-ANGEBOT FÜR GRUPPENREISEN 2008!

Wir befinden uns ca. 20 km von Gotha entfernt; 28 gemütliche DZ mit DU/WC sowie TV und überdachter Vorterrasse erwarten Sie! Bis auf wenige Stufen sind alle Zimmer ebenerdig!

Unser Angebot für 2008: Ü/HP im DZ 26,- € p.P.; für Reisegruppen ab 25 Personen – bei 6 Übernachtungen und mehr 1xÜ/HP frei!
Reiseleiter und Busfahrer D/F frei! Wir bieten Ihnen ein reichhaltiges Frühstücksbüffet und gutbürgerliche Küche! Auf Wunsch kann hiesiges preiswertes Busunternehmen mit modernen Fernreisebussen vermittelt werden. In unserem Haus gilt das Motto: „Sie kommen als Fremder und gehen als Freund“
Fordern Sie unsere Prospekt- und Angebotsunterlagen an!
Hotel & Restaurant Bungalow-Park Altenbergen · Familie Adams
Nicolaus-Brückner-Str. 20 · 99894 Leinatal · Telefon/Telefax: 03 62 53 / 2 51 42

INSERIEREN BRINGT GEWINN!

Sehen sie! Sie lesen diese Anzeige auch!
Hier könnten über 6 Zeilen ihre Angebote stehen. Und das für nur 93,60 € + gesetzlicher MwSt. Ein gutes Angebot wo wir finden.
Mehr Informationen und Buchungen unter:
☎ 0 47 92 / 22 16

Mecklenburg-Vorpommern

FeWo in Mecklenburg-Vorpommern bei Anklam. Schwichtenberg, Lütko-See, 2-4 P. ab 15,- € frühst., Angeln, Tiere ☎ 01 71 / 31 68 194
Ahlbeck/Usedom, gemütliche komfortable Fewo, 2 Personen, strandnah ☎ 052 66 / 233

Landhotel im Bayerischen-Oberpfälzer-Wald.
Nach nie so günstig wie zur Zeit!
Ab 4 Tage Ü/HP 21,- € pro Person und Tag.
Alle Zimmer mit Dusche/WC und TV, Lift, 30 DZ und 12 EZ ☎ 0 96 74 / 15 20

Anzeigenverwaltung

SoVD Zeitung

U. Struckmeyer
Postfach 12 66
D-27723 Worpswede
Tel.: 0 47 92 / 22 16
Fax: 0 47 92 / 35 30
E-Mail:
u.struckmeyer@t-online.de

GESUNDE UND ERHOLSAME URLAUBSTAGE WÜNSCHT DAS SoVD-TEAM!